



Leitbild & Aktionsplan

„ProIndustrie“ Brandenburg

Industriepolitische Strategie
zur Stärkung von Wachstum und
Wettbewerbsfähigkeit im Land Brandenburg

(Stand: 17. April 2012)



Inhaltsverzeichnis

1	Einleitung	1
2	Übergreifende Industrietrends	4
3	Zukunfts- und Erfolgsfaktoren industrieller Entwicklung im Land Brandenburg	7
4	Wirtschaftspolitisches Leitbild	9
5	Handlungsfelder, Leitprojekte und Maßnahmenpeicher des Aktionsplans „ProIndustrie“ Brandenburg	12
5.1	Handlungsfeld: Rahmenbedingungen (Industriestandort, Infrastruktur & Nachhaltigkeit)	15
5.2	Handlungsfeld: Vernetzung, Cluster & Innovation	22
5.3	Handlungsfeld: Internationalisierung & produktbezogene Dienstleistungen	28
5.4	Handlungsfeld: Fachkräfteentwicklung & Qualifizierung	34
5.5	Handlungsfeld: Standortkommunikation (Image & Marketing)	40
Anhang:		
	Entwicklungsstand und Wettbewerbsfähigkeit der Brandenburgischen Industrie (ausgewählte Ergebnisse der SWOT-Analyse)	44

1. Einleitung

Die Landesregierung hat im Jahr 2004 damit begonnen, ihre **Förderpolitik regional und sektoral neu auszurichten** und zu konzentrieren. Unter dem Motto "Stärken stärken" hat die Landesregierung im November 2005 fünfzehn sogenannte **Regionale Wachstumskerne (RWK)** bestimmt. Basierend auf Analysen der Wirtschaftsstruktur wurden außerdem **Branchenkompetenzfelder** ermittelt, die sich in den letzten Jahren dynamisch entwickelt haben und Wachstumspotentiale für die Zukunft aufweisen. Der Industrie kommt dabei eine tragende Rolle zu, liefert sie doch einen entscheidenden Beitrag für Wachstum, Beschäftigung und Wohlstand. Nach dem Niedergang der ostdeutschen Wirtschaft in den 1990er Jahren mit dem dramatischen Verlust industrieller Kapazitäten und Arbeitsplätze ist es in den vergangenen Jahren nicht zuletzt auf Grund intensiver wirtschafts- und ansiedlungspolitischer Bemühungen gelungen, zentrale Industriestandorte zu erhalten und eine wettbewerbsfähige und diversifizierte **Industrie- und Branchenstruktur** im ganzen Land Brandenburg zu etablieren. Dennoch sind Industriedichte, industrieller Besatz sowie industrielle Fertigungstiefe in vielen Regionen nach wie vor zu gering und müssen ausgebaut werden.

Industrieunternehmen übernehmen einen bedeutenden Anteil der Investitions- und Ausbildungsleistungen und leisten einen aktiven Beitrag zu Ökologie und Nachhaltigkeit im Land Brandenburg. Die Industrie war in Zeiten der weltweiten Wirtschafts- und Finanzmarktkrise 2008/2009 einer der wichtigsten Garanten zur Sicherung von Arbeit, Wohlstand und Einkommen in den Regionen des Landes. Im Zeitraum der Jahre 2000-2007 konnte sie ein deutlich positives jährliches Wachstum der gesamtwirtschaftlichen Leistung (gemessen anhand der realen Bruttowertschöpfung) generieren. Während der Rezession 2008/2009 hingegen war auch die industrielle Wirtschaftsleistung rückläufig. In 2010 profitierte wiederum die Industrie frühzeitig und überproportional stark von den weltwirtschaftlichen Wachstumsimpulsen, Umsatz, Produktion, Beschäftigung und Wertschöpfung kehrten auf der Wachstumspfad zurück und lagen im Jahresergebnis über dem Stand des Vorkrisenniveaus. Die industrielle Wirtschaftsleistung in 2010 war damit stärkster Wachstumstreiber für die Gesamtwirtschaft im Land Brandenburg.

Die bisherigen wirtschaftlichen Erfolge insbesondere im Bereich der **Branchenkompetenzfelder**, aber auch darüber hinaus, belegen die gestiegene Wettbewerbsfähigkeit und die stärkere Orientierung auf innovative Felder und ausländische Märkte. Die Ergebnisse des aktuellen **Bundesländerrankings** zu Wirtschaftskraft und -entwicklung der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (NSM) sowie des Institutes der deutschen Wirtschaft (iw) des Jahres 2010 erklären das Land Brandenburg zum Sieger als dynamischste Wirtschaftsregion aller 16 Bundesländer im Betrachtungszeitraum der Jahre 2006 bis 2009. Auch im Bestandsranking über das absolute Niveau von Wirtschaftskraft und Wohlstand ist **„Brandenburg auf einem guten Weg“**, so das Fazit der aktuellen Studie.

Die Industrie hat sich bundesweit als stabilisierender und wachstumsfördernder Faktor bei der Überwindung der Wirtschaftskrise erwiesen. Im Zusammenspiel mit einem leistungsfähigen Dienstleistungssektor steht das Verarbeitende Gewerbe für eine hohe Wertschöpfung und ist damit ein zentraler Faktor für eine solide Wirtschaftsentwicklung und gesellschaftlichen Wohlstand. Dies haben auch die Wirtschaftsminister des Bundes und der Länder auf Ihrer Konferenz im Juni 2011 unterstrichen und in diesem Zusammenhang **„Neue Akzente in der Industriepolitik“** gefordert. Dabei zeichnet sich eine zukunftsorientierte Industrie nach Ansicht der Wirtschaftsministerkonferenz durch eine hohe Innovationsfähigkeit sowie einen hohen Spezialisierungsgrad ihrer Produkte aus.

Voraussetzung für industrielles Wachstum und die Entwicklung leistungsfähiger Wertschöpfungsketten ist dabei europaweit eine enge Verzahnung von Wissenschaft und Forschung mit der Industrie. Und auch das Qualifikationsniveau der Beschäftigten spielt eine Schlüsselrolle für den Erfolg von Industrieunternehmen. Gleichzeitig spielen Industrieunternehmen eine zentrale Rolle für die Gestaltung einer nachhaltigen und Ressourcen schonenden Wirtschaft. Im Rahmen neuer industriepolitischer Akzente gilt es daher eine **Verbesserung der Rahmenbedingungen für industrielles Wachstum auch im Land Brandenburg** anzustreben, um den Herausforderungen der Internationalisierung der Märkte, der Sicherung des Zugangs zu Rohstoffen, den wachsenden Herausforderungen an nachhaltiges Wirtschaften und den Klimaschutz sowie den demografischen Wandel und der hiermit einhergehenden Sicherung des Fachkräftebedarfes der Industrie zu begegnen.

Die Bedeutung der Industrie für den Wirtschaftsstandort sowie die zukünftigen Herausforderungen für Wirtschaft und Gesellschaft erfordern dabei zunehmend eine abgestimmtes und dialogorientiertes politisches Vorgehen. Die EU-Kommission hat im Oktober 2010 mit Ihrer Leitinitiative **„Eine integrierte Industriepolitik für das Zeitalter der Internationalisierung“** ihre Strategie für eine moderne Industriepolitik vorgelegt. Ebenso hat die Bundesre-

gierung mit der Initiative des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie „**Im Fokus: Industrieland Deutschland**“ eine querschnittsorientierte Strategie vorgelegt, die die Bedeutung der Industrie für Wettbewerbsfähigkeit und nachhaltiges Wachstum unterstreicht und zentrale Zukunftsfragen sowie Handlungsfelder aufgreift.

Die Landesregierung Brandenburg bekennt sich vor diesem Hintergrund ausdrücklich zu Brandenburg als Teil der Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg mit einer vielseitigen, leistungsfähigen und traditionsbewussten Industrie. Die industriepolitische Herausforderung des Landes besteht in der Weiterentwicklung der industriellen Basis und der weiteren Profilierung als moderner, ökologisch orientierter und international wettbewerbsfähiger Industriestandort. Der fortschreitende europäische Integrationsprozess bietet auch für die Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg zahlreiche Chancen und Herausforderungen sich im Wettbewerb der europäischen Regionen zu profilieren. Auszeichnungen als **Europäische Unternehmerregion 2010 (EER)** sowie mit dem **Leitstern im Bereich Erneuerbarer Energien (EE)** bestärken die Landesregierung Brandenburg darin, den eingeschlagenen Weg kontinuierlich weiter zu beschreiten und die Bemühungen zu verstärken. Die Verbesserung der Rahmenbedingungen für industrielle Produktion und Wertschöpfung in Brandenburg und eine noch stärker nachhaltig und ökologisch ausgerichtete industrielle Erzeugung sind wichtige Elemente einer aktiven Industriepolitik des Landes in der aktuellen Legislatur.

Um auch in Zukunft beste **Standortbedingungen** für industrielle Produktion zu bieten, **strukturelle Schwächen der brandenburgischen Industrie** zu überwinden und Wachstumskräfte freizusetzen sowie innovatives unternehmerisches Handeln zu ermöglichen, sind entsprechende Rahmenbedingungen daher kontinuierlich weiter zu entwickeln und gezielte wirtschaftspolitische Maßnahmen für industriespezifische Fragestellungen zu etablieren. Eine **industriepolitische Strategie** des Landes muss die hierzu erforderlichen wichtigsten Handlungsfelder identifizieren, auf die sich die gemeinsamen Bemühungen von Politik, Wirtschaft, Verbänden und Gewerkschaften zukünftig richten müssen.

Dabei gilt es, die spezifischen brandenburgischen Merkmale der vorherrschenden **Industriestruktur** und die daraus abgeleiteten Stärken, Schwächen, Chancen und Risiken (SWOT-Analyse; s. Anhang, Abb. 13) zu berücksichtigen. Anhand ausgewählter Eckkennziffern wie Betriebsgrößenstruktur, Industriedichte, Bruttowertschöpfung, Exportquote, F&E-Aufwendungen oder SV-Beschäftigte wurde ein solches Industrieprofil, ergänzt um die Analyse aktueller und überregionaler Trends (Demografischer Wandel, Internationalisierung, Tertiärisierung, neue Märkte, Produkt- und Prozessinnovationen, wissensintensive Dienstleistungen u.ä.) in der Industrie, als Grundlage für die Ableitung von Handlungserfordernissen erstellt.

Ganz allgemein bedeutet „Industriepolitik“ zunächst **staatliches Handeln**, das darauf abzielt, die Rahmenbedingungen für eine positive gesamtwirtschaftliche Entwicklung zu gewährleisten und die Branchenentwicklung dahingehend zu beeinflussen, dass wirtschaftliche Chancen genutzt und aussichtsreiche Branchen gestärkt werden. Industriepolitisches Handeln - wie die regionale und sektorale Fokussierung auf Branchenkompetenzfelder/Cluster und Regionale Wachstumskerne im Land Brandenburg- setzt sich das Ziel, die Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft im globalen **Standortwettbewerb** zu verbessern und regionale Kompetenzen und Stärken auszubauen und zukunftsfähig zu gestalten.

Die sozialpartnerschaftliche Zusammenarbeit zwischen Gewerkschaften, Arbeitgeberverbänden und Landesregierung bietet eine wichtige Plattform für gemeinsame Arbeit auf den Handlungsfeldern des Aktionsplanes. Ziel ist es, industriepolitische Fragestellungen gemeinsam zu diskutieren, um den Standort zu stärken. Enge sozialpartnerschaftliche Beziehungen mit starken Verbänden wirken sich positiv auf die Wettbewerbsfähigkeit Brandenburgs aus. Sie helfen dabei, neue Herausforderungen - wie dem demografischen Wandel und dem Übergang zur Wissensgesellschaft - partnerschaftlich anzugehen und mit zu gestalten.

Die **Zielstellung** der hier vorliegenden industriepolitischen Strategie ist es, in einem dialogorientierten Prozess gemeinsam mit Wirtschafts- und Sozialenpartner einen industriepolitisch übergreifenden konzeptionellen Rahmen für eine **wettbewerbsfähige Industriebasis Brandenburgs im Jahr 2020** zu schaffen, der zur Sicherung und Fortentwicklung des Industriestandortes Brandenburg und seiner industriellen Zukunftsfelder sowie produktnaher Dienstleistungen beiträgt. Dabei geht es nicht darum, bereits bestehende fachpolitische und sektorale Konzepte zu ersetzen, sondern wichtige industriepolitische Fragestellungen in einer auf horizontaler Ebene fachlich integrierten, koordinierten sowie zum Teil ressortübergreifenden Industriepolitik konzentriert anzugehen. So

gilt es u.a. die Themenbereiche Fachkräftesicherung und –entwicklung, Infrastrukturentwicklung, Energiegewinnung oder auch Nachhaltigkeit industriepolitisch einzubinden.

Dabei handelt es sich um einen **sektoralen und branchenübergreifenden sowie handlungsorientierten Ansatz**, um die industrielle Basis des Landes zu stärken und zukunftsfähig auszubauen. Die Grundlagen hierfür wurden durch ein an die Prognos-AG im Jahre 2008 vergebenes Gutachten erarbeitet, in dessen Rahmen wesentliche Herausforderungen der Industrie des Landes herausgearbeitet sowie im Rahmen von case-studies, überregionalen Vergleichen sowie Experteninterviews zentrale Handlungsfelder abgeleitet wurden.

Zentrale **Fragestellungen** in diesem Zusammenhang waren etwa:

- Welche Eigenschaften muss die industrielle Basis des Landes aufweisen, um ihre Wettbewerbsfähigkeit und Nachhaltigkeit zu erhalten?
- Welche allgemeinen und industriellen Entwicklungstrends beeinflussen Wettbewerbsfähigkeit und Nachhaltigkeit der Industrie?
- Welche politischen Motive und Strategien wirken ein?
- Welche Handlungsempfehlungen lassen sich ableiten?

Der **Aktionsplan „ProIndustrie“ Brandenburg** untergliedert die wesentlichen Handlungsfelder aller am Prozess Beteiligten dabei in fünf zentrale Bereiche:

1. Rahmenbedingungen (Industriestandort, Infrastruktur & Nachhaltigkeit);
2. Vernetzung, Cluster & Innovation;
3. Internationalisierung & produktbezogene Dienstleistungen
4. Fachkräfteentwicklung & Qualifizierung;
5. Standortkommunikation (Image & Marketing).

Mit dem vorliegenden Leitbild sowie einem auf Maßnahmenebene operationalisierten **Aktionsplan „ProIndustrie“ Brandenburg** legt die Landesregierung Brandenburg Leitlinien für einen modernen und ökologisch orientierten Industriestandort Brandenburg bis zum Jahr 2020 vor. Die industriepolitische Strategie identifiziert hierzu die wichtigsten Handlungsfelder, auf die sich die gemeinsamen Bemühungen aller am Prozess Beteiligten aus Politik, Wirtschaft, Verbänden und Gewerkschaften zukünftig richten sollten.

Für die als zentral angesehenen Handlungsfelder werden unter Berücksichtigung bereits eingeleiteter Aktivitäten **prioritäre wirtschaftspolitische Einzelmaßnahmen** der Landesregierung formuliert. Bei den bereits laufenden Aktivitäten handelt es sich insbesondere um die Neuausrichtung der Förderpolitik auf regionale Wachstumskerne, die Gemeinsame Innovationsstrategie (innoBB), die Clusterpolitik, die Ansiedlungsstrategie und die Energiestrategie des Landes Brandenburg.

2. Übergreifende Industrietrends

Die zukünftige Entwicklung der Industrie wird von Trends beeinflusst, die als **Zukunftsfaktoren** auf übergeordnetem Niveau die Rahmenbedingungen des wirtschaftlichen Handelns ausmachen. Zur Identifikation der relevanten Megatrends im Industriebereich wurde eine **Meta-Analyse** aktueller Studien zu Zukunftstrends durchgeführt. Berücksichtigung fanden dabei sowohl die Ergebnisse aktueller Forschungsarbeiten zu Trendabschätzungen als auch von Zukunftswerkstätten, bei denen Experten der Bereiche Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur aus 50 Basistrends die wichtigsten Megatrends selektiert haben.

Hiernach wird die Entwicklung der Industrie in Zukunft durch vier zentrale **Megatrends** bestimmt:

1. **Demographischer Wandel:** Der Fachkräfte- und Ingenieurbedarf wird zunehmen.
2. **Internationalisierung:** Weltweit vernetzte Strukturen bergen mehr Chancen als Risiken, z.B. wenn Unternehmen durch internationale Standorte ihre Kosten reduzieren oder den Industriestandort Deutschland durch neu erschlossene Märkte sichern.
3. **Entstehung neuer Märkte** durch technologischen Fortschritt: Umweltbelastung und Klimafolgen unterstützen Zukunftsmärkte, wie z.B. für energie- und Rohstoff sparende Produkte und Produktionstechniken sowie im Bereich „Erneuerbare Energien“.
4. **Tertiärisierung:** Der Wandel von einer Industriegesellschaft hin zur Dienstleistungs- und Informations- bzw. Wissensgesellschaft führt dazu, dass Dienstleistungen zunehmend um Industrieprodukte herum entwickelt werden. D.h. sie ergänzen das eigentliche Produkt aus industrieller Fertigung zu einer „Komplettlösung“ – die dann aus Produkt plus dazugehörigem Service besteht.

Für die Industrie des Landes Brandenburg, für die Produktions- und Absatzbedingungen der Industrie und die damit verbundenen unternehmensnahen Dienstleistungen lassen sich folgende **Schlussfolgerungen** ziehen:

Die Ursachen des **demographischen Wandels** sind in erster Linie die anhaltend niedrigen Geburtenraten und die Abwanderung von jungen Erwachsenen. Als Folgen sind ein Rückgang der Bevölkerung und deren zunehmende Alterung festzustellen. Auch die Belegschaften brandenburgischer Industriebetriebe werden immer älter. Dies führt dazu, dass sich der Bedarf an qualifizierten Fachkräften zukünftig noch verstärken wird. Durch das Geburtendefizit in Kombination mit selektiver Abwanderung von jungen und qualifizierten Menschen besteht der Personalengpass in Brandenburg, insbesondere auch bei Ingenieuren, so dass ein „Wettbewerb um die besten Köpfe“ entsteht. Alle Unternehmen sehen sich mit der Herausforderung konfrontiert, betriebswirtschaftlich auf die Alterung ihrer Belegschaften zu reagieren.

Für die Landkreise in Brandenburg stellt sich dieses Problem in unterschiedlich starkem Maße dar. Grund dafür sind die bereits heute bestehenden Disparitäten bei der Bevölkerungsentwicklung sowie dem Besatz mit Industriearbeitsplätzen. Industriearbeitsplätze sind derzeit ungleich über die insgesamt 14 Landkreise und 4 kreisfreien Städte verteilt: Die sechs am stärksten industrialisierten Landkreise weisen mit 47.000 Industriearbeitsplätzen knapp 52% aller Arbeitsplätze in Brandenburg aus. Für diese industriell geprägten Landkreise wird es daher in Zukunft besonders darauf ankommen, industrielle Fachkräfte zu sichern.

Der Trend einer **räumlich differenzierten Bevölkerungs- und Industrieentwicklung** wird die Unterschiede verstärken, die bereits heute beim Besatz mit Industriearbeitsplätzen und beim Fachkräftengpass bestehen. Aufgabe der Politik ist es, Maßnahmen zur Fachkräftesicherung zu ergreifen und nachhaltig eine verlässliche Rekrutierungsbasis zu schaffen, die als Voraussetzung für die Wettbewerbsfähigkeit der brandenburgischen Wirtschaft gilt. Industrieansiedlungen sollten an Orten konzentriert werden, deren Wirtschafts- und Beschäftigtenstruktur genügend Potenzial für Industrie aufweist. Die Konzentration von Fördermitteln im Rahmen der neu ausgerichteten Wirtschaftsförderung ist daher ein Schritt in die richtige Richtung. In den ausgewiesenen **Regionalen Wachstumskernen (RWK)** findet ei-

ne Fokussierung der Fördermittel statt, so dass RWK gleichzeitig auch eine attraktive Wahl bei der Standortsuche von Industriebetrieben darstellen.

Unterschiedlich hohe Kosten an einer Vielzahl globaler Standorte bieten für deutsche Unternehmen die Chance, kosten- und arbeitsintensive Prozesse aus Deutschland weg zu verlagern. Durch die **Internationalisierung** besteht damit aber auch die Gefahr der Abwanderung von industrieller Produktion in Billiglohnländer. Für industrielle Produktion in Deutschland ist damit vor allem die Gefahr verbunden, dass Wertschöpfungspotenziale durch die Zunahme von internationaler Arbeitsteilung dauerhaft und in großem Umfang verloren gehen.

Gleichzeitig erfolgen Internationalisierungsbemühungen jedoch nicht nur aufgrund von Kostendruck. Mit grenzüberschreitenden Investitionen und der Ausbildung von globalen Standorten verbinden sich auch Absatzerwartungen der Industrie. Deutsche Unternehmen werden ihre **Internationalisierung** daher **fortsetzen**, um Kosten zu reduzieren und neue Märkte zu erschließen. So wollten im Jahr 2007 gut 70% der Unternehmen über ausländische Direktinvestitionen neue Märkte erschließen oder ihre Vertriebsstruktur ausbauen.

Von großer Bedeutung für Brandenburg ist in dieser Hinsicht der Trend, wonach die **Wachstumsmärkte des Welthandels in Polen, Osteuropa und China** liegen. Denn bereits heute stellt Polen den Markt mit dem größten Absatzvolumen für Produkte aus Brandenburg dar. Zudem stehen in Polen in naher Zukunft Infrastruktur- und Umweltschutzprojekte an, für die Maschinen, Infrastruktur, Ausrüstungen und Anlagen benötigt werden. Für brandenburgische Exporte liegt die Herausforderung darin, entsprechende Fertigwaren anzubieten, da die Industrie gegenwärtig vorwiegend auf Halbwaren spezialisiert ist.

Durch internationale, globalisierte Märkte steigen der Preis- und Konkurrenzdruck für Unternehmen. In der Folge verändert sich die Innovationstätigkeit von Industriebetrieben: **Produktinnovationen** nehmen als **Motiv für Investitionen der deutschen Industrie** zu. Industriebetriebe reagieren mit ausgedehnter Innovationstätigkeit, um dem neuen Erfordernis gerecht zu werden, wonach kontinuierliche Verbesserungen am Produkt erforderlich sind. Denn erst neue oder verbesserte Produkte erlauben es, sich von Mitbewerbern abzuheben und damit den Markt zu erobern.

Damit verbunden ist der Trend zum „**Upskilling**“ von Produkten. D.h. Wissen wird als Inputfaktor für Industriegüter zunehmend wichtig und erfordert eine höhere Qualifikation der Beschäftigten in technisch-wissenschaftlicher Hinsicht. Es gilt: Die Qualität von **wissensintensiven Dienstleistungen** wird essenziell für die Herstellung hochwertiger Industrieprodukte. Produktbegleitende Dienstleistungen und Industrieerzeugnisse bilden dabei quasi eine Symbiose. Denn zum einen sind Dienstleistungen der Treiber des Produktions- und Produktivitätsfortschritts in der Industrie. Zum anderen fungiert die Industrie als Impulsgeber für moderne, wissensintensiv hergestellte Produkte, die im wachsenden Dienstleistungssektor entwickelt werden.

Produktinnovationen werden nicht nur wichtig, um Marktvorteile zu realisieren. Vielmehr zeichnet sich ein umfassender Trend ab, Kosteneinsparungen umzusetzen. Entscheidend für den zukünftigen Markterfolg eines Unternehmens ist es, gleichzeitig **Produkt-, Prozess- und organisatorische Innovationen** zu verfolgen. Denn auch Prozess- und organisatorische Innovationen führen zu Kosteneinsparungen und/ oder optimierten Produktionsabläufen. Hierdurch lassen sich existierende Produkte zu niedrigeren Kosten oder mit Zeitgewinn herstellen. Die Realisierung dieser Vorteile hilft dabei, dass neue Märkte erschlossen werden können, die noch zuvor durch die höheren Produktionskosten verschlossen waren. Aufgrund des bestehenden Kostendrucks wird es für Industrieunternehmen in Zukunft daher darum gehen, alle Arten von Optimierungsmöglichkeiten auszunutzen.

Auf dem Weltmarkt für natürliche Ressourcen und Rohstoffe haben sich Veränderungen bei Nachfrage und Handel ergeben. Hier ist folgender Trend festzustellen: Knappe Ressourcen und steigende Rohstoffpreise erschweren Unternehmen den Bezug von Produktionsmitteln – fördern aber **Nachhaltigkeits- & Effizienzlösungen**. Hintergrund für diese Verteuerung und Verknappung ist die zusätzliche Nachfrage aus Schwellenländern. Unternehmen versuchen daher Kosten- und Rohstoffersparnisse zu erzielen, indem sie vermehrt auf Verfahren zur Steigerung der Materialeffizienz setzen. Die Umstellung

der Produktion auf nachwachsende Rohstoffe, Effizienztechnologien und abfallvermeidende Verfahren bietet aber auch für diejenigen Unternehmen Chancen, die hier neue Lösungen entwickeln und entsprechende Konzepte vermarkten.

Durch kürzere Produktzyklen verkürzen sich auch die Reaktionszeiten, in denen Unternehmen entsprechende Nachfolgemodelle planen, entwickeln und in den Produktionsprozess integrieren müssen. Für die internen Abläufe eines Industrieunternehmens bedeutet dies: **Beschleunigte Produktzyklen** stellen KMU vor Probleme bei der systematischen Produktplanung und -entwicklung. Denn mit dem höherem Tempo und Veränderungsdruck ergibt sich für Industrieunternehmen die Notwendigkeit einer neu organisierten, d.h. systematischen, Produktplanung und -entwicklung. Um den Vorsprung einer Innovation zu nutzen, d.h. die hohen Anfangsausgaben mittels entsprechend hoher Gewinnmarge wieder verdienen zu können, wird das Zeitfenster immer kürzer. Dementsprechend steigt auch die Bedeutung von Forschung und Entwicklung (FuE) im Fertigungsprozess.

Neben verkürzten Produktzyklen verändern sich auch die Konsumgewohnheiten: „individualisierte Produkte“ bestimmen die Nachfrage. Die Folge ist **Modularisierung**: Verstärkte Produktion in Modulen führt zu Vielfalt an Produktvarianten. Um die nachgefragte Vielfalt nach Produkten mit unterschiedlichen Produkteigenschaften und Funktionen zu ermöglichen, wird die industrielle Produktion in einzelne Module zusammengefasst. Denn nur durch die vielfältige Kombination dieser Module im Endprodukt lässt sich erreichen, dass die Anzahl der verfügbaren Produktvarianten steigt und die veränderten Konsumgewohnheiten ihre Entsprechung im Angebot finden.

Diese zunehmende Komplexität im industriellen Planungs- und Herstellungsprozess wirkt sich auf alle Stufen der Wertschöpfung aus. Für Zulieferer gilt: Die **Systemkomplexität** fördert den Wandel von Zulieferern zu Systemlieferanten. Zulieferer werden daher zukünftig noch stärker in den industriellen Entwicklungs- und Produktionsprozess eingebunden, weil die Hersteller von Endprodukten noch stärker auf das Wissen ihrer Zulieferer angewiesen sind, um alle innovationsrelevanten Aspekte des Gesamtherstellungsprozesses optimieren zu können. Mit diesen erhöhten Anforderungen erfahren Zulieferer einen Wandel zum Systemlieferant. Sie erbringen zukünftig eine Komplettleistung und agieren damit viel komplexer, als wenn sie „nur“ Einzelteile für Endprodukte zuliefern.

Industriebetriebe stehen vor der Herausforderung, kostengünstig und gewinnoptimal zu produzieren. In einem Umfeld sich verändernder Produktions- und Organisationsweisen setzt sich ein neuer Trend durch: Ökonomisches Wachstum wird zunehmend durch die **Integration von Querschnittstechnologien** in Anwenderbranchen bestimmt. Sie bieten produktübergreifend großes Potenzial für Industrieunternehmen, da sie Herstellungsprozesse und Produkte aus einer Vielzahl von Branchen und Technologiebereichen beeinflussen können. Die größten wirtschaftlichen Potenziale haben dabei folgende Technologien: Photonik, Lasertechnik, IKT, Mikrosystemtechnik, Mikroverfahrenstechnik, Nanotechnologie, Biotechnologie, Gentechnik, Bionik, Bionisierung und Werkstofftechnik.

3. Zukunfts- und Erfolgsfaktoren industrieller Entwicklung im Land Brandenburg

Nach dem Niedergang der ostdeutschen Wirtschaft in den 1990er Jahren mit dem dramatischen **Verlust industrieller Kapazitäten und Arbeitsplätze** ist es in den vergangenen Jahren nicht zuletzt auf Grund intensiver wirtschafts- und ansiedlungspolitischer Bemühungen gelungen, zentrale Industriestandorte zu erhalten und eine wettbewerbsfähige und diversifizierte Industrie- und Branchenstrukturstruktur im Lande Brandenburg zu etablieren. Die wirtschaftlichen Erfolge belegen die gestiegene Wettbewerbsfähigkeit und die stärkere Orientierung auf innovative Feldern und ausländische Märkte. Um diese Erfolge auch künftig auszubauen und auf eine breitere Basis zu stellen, kommt es darauf an, noch bestehende strukturelle Schwächen der brandenburgischen Industrie zu überwinden und Wachstumskräfte freizusetzen.

Auf Grundlage der ausgewerteten Studien und der geführten Experteninterviews lassen sich als ausschlaggebend für den Erfolg der Industrieentwicklung **sechs Faktoren** identifizieren, die wesentlichen Einfluss auf die Zukunftsfähigkeit der brandenburgischen Industrie haben:

1. Internationalisierung,
2. Tertiärisierung,
3. Wissen,
4. Vernetzung,
5. Infrastruktur und
6. Image.

Eine noch stärkere Präsenz auf internationalen Märkten sowie die Erhöhung des Bekanntheitsgrades des Standortes Brandenburg ist von hoher Bedeutung für die wirtschaftliche Entwicklung Brandenburgs.. Denn die **Erschließung überregionaler Märkte** kann als Erfolgsfaktor für die Industrie angesehen werden, da hierbei die Kaufkraft ausländischer Märkte absorbiert wird und die eigenen Erlöse eines Unternehmens steigen. Eine weitere Chance besteht in der **Internationalisierung von Wertschöpfungsketten**. So lässt sich beispielsweise dadurch Erfolg erzielen, dass Produkte an einer Reihe von internationalen Standorten produziert werden und dabei standortspezifische Kostenersparnisse und Qualitätsvorteile realisiert werden können.

Produktbegleitende, wissensintensive Dienstleistungen: Industrieunternehmen verfügen über die Fähigkeit, technische Probleme zu lösen. Dieser Vorteil wird vor allem dazu genutzt, Produkte zu entwickeln, die sich aufgrund ihrer hohen Qualität am Weltmarkt durchsetzen. Ungenutztes Potenzial verbirgt sich jedoch in der Erschließung weiterer Märkte, die genau auf diesem Produktwissen aufbauen. Dies sind vor allem Dienstleistungsmärkte. So kann beispielsweise die Herstellung eines Industrieproduktes durch die Planung und Konzeption von Industrieanlagen zum Einsatz dieses Produktes erweitert werden. Ferner kann eine Ausweitung der Geschäftstätigkeit um das Industrieprodukt herum erfolgen, indem Wartungs- und Reparaturarbeiten der selbst hergestellten Anlage übernommen werden oder ein Unternehmen das Personal im Umgang mit dem Produkt schult. Es gibt zudem Beispiele, in denen Hersteller eines Industrieproduktes ihren Kunden Finanzierungslösungen anbieten oder selbst den Erwerb der Anlage vornehmen, um in langfristig laufenden Verträgen den kompletten Betrieb einer Anlage zu garantieren. Dies gilt gerade für „Contracting-Lösungen“ im Energiebereich. Der neue Charakter der erbrachten Leistung besteht somit aus einer **Erweiterung der Wertschöpfungskette** im Sinne einer Komplettlösung.

Brandenburg geht den Weg zur Wissensgesellschaft weiter. Jede moderne Industrie muss wissensbasiert sein, will sie exportieren und expandieren. **Innovationen** lassen sich erreichen, wenn Schulen und Hochschulen, Forschungseinrichtungen und dem Wissens- und Technologietransfer zentrale Bedeutung eingeräumt werden; wenn Industriebetriebe FuE betreiben und innovative Unternehmen mit der Wissenschaft zusammenarbeiten.

Ein wichtiger Schlüssel zur Innovation sind **Netzwerkstrukturen** zur Kooperation zwischen Wissenschaft und Wirtschaft. Wissenschaft ist nur dann exzellent, wenn sie international ist – und umgekehrt. **Hochschulen und Forschungseinrichtungen**, die in internationale Wissensnetze eingebunden sind, können zur Internationalisierung der regionalen Wirtschaft beitragen. Durch Kooperation kann Wissen weitergegeben werden und zur Entstehung von unternehmerischer Innovation beitragen.

Die Herausbildung von regionalen Wachstumskernen und Branchennetzwerken ist eine grundlegende Strategieoption. Um diese Entwicklung zu forcieren, hat Brandenburg in den letzten Jahren folgerichtig die **Cluster- und Netzwerkförderung** stärker in seine Förderstrategie aufgenommen. Ziel ist es, Kompetenznetzwerke zu schaffen. Denn diese bieten die Möglichkeit, Kooperationen zwischen Unternehmen der Region einfacher hervorzuheben und damit das technologische Know-how einer Region zu mobilisieren. Wirtschaftlich wirkt sich die Clusterstruktur in Form neuer, z.T. technologieintensiver Produkte aus, die einen zusätzlichen Marktbereich abdecken.

Netzwerke helfen zudem, praktische Aufgaben zu lösen. Diese können z.B. darin bestehen, in einer gemeinsamen Initiative Ausbildungs- oder Marketingaktivitäten zu betreiben oder regionale Zulieferbeziehungen zu etablieren. Unternehmensnetzwerke schaffen somit Synergien, indem gleiche Anliegen von ähnlich strukturierten Unternehmen gemeinsam gelöst werden und für die beteiligten Unternehmen konkret messbare Erfolge erzielen. Beispiele hierfür sind z.B. die Sicherung von Fachkräften, Kostenersparnisse durch gemeinsam finanzierte Marketingkonzepte oder die Ausgestaltung verlässlicher Zulieferbeziehungen zwischen regionalen Unternehmern.

Einfluss auf den Erfolg der Industrie hat zudem die grundlegende **Ausstattung mit Infrastruktur**. Gut ausgebaute **Verkehrseinrichtungen** erlauben es Industrieunternehmen, in regionale, nationale sowie internationale Gütermärkte eingebunden zu sein und an Austauschprozessen teilzunehmen. Darüber hinaus spielt die Möglichkeit eine Rolle, in ausreichendem Maße **Industrie- und Gewerbeflächen** nutzen zu können. Entscheidend sind zudem die Möglichkeiten der standortabhängigen Leistungserstellung: **Gesicherte Versorgung mit Energie** und die **Verfügbarkeit von Rohstoffen** stellen die Grundlage dar, um industriell produzieren zu können.

Darüber hinaus sind Industrieunternehmen auf Unterstützung aus Gesellschaft und Politik angewiesen. Jedoch wird „Industrie“ zum Teil negativ besetzt und zu Unrecht gleichgesetzt mit den Begriffen Umweltverschmutzung, Jobverlust und maroden Fabriken. Ein **positives Industrie-Image** vermag jedoch junge Leute für Arbeitsplätze in modernen Industrieunternehmen zu begeistern. Ferner fördert eine positive Einstellung zur von der Industrie ausgehenden Wirtschaftsleistung und Beschäftigungswirkung auch die Unterstützungsbereitschaft bei lokaler Bevölkerung und politischen Vertretungen.

Abbildung 1: Zukunftsperspektiven und Erfolgsfaktoren industrieller Entwicklung



Quelle: Prognos AG, 2008

4. Wirtschaftspolitisches Leitbild

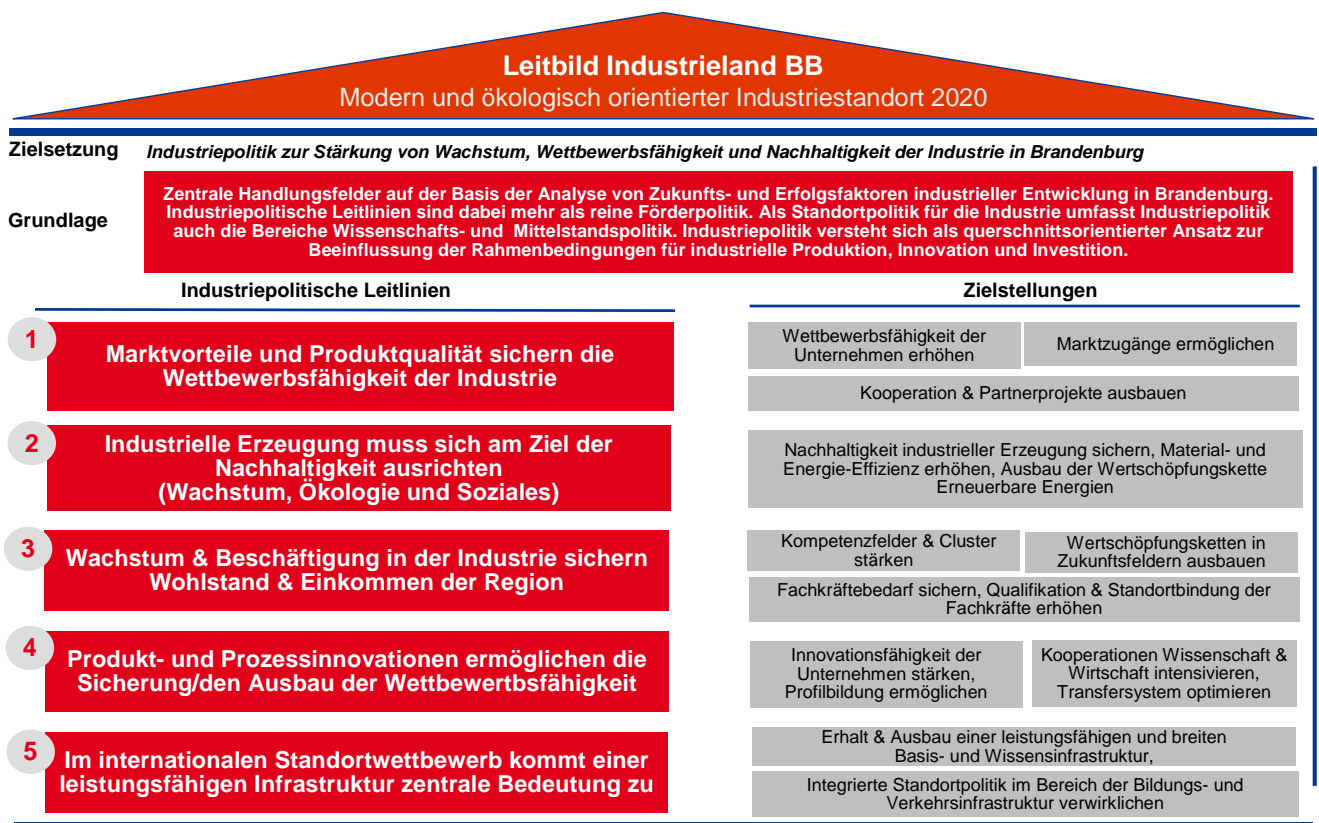
Die industriepolitische Strategie im Land Brandenburg orientiert sich am übergeordneten Ziel für mehr Wohlstand und Wachstum durch Stärkung und Ausbau industrieller Kompetenzen. Hierzu liefern Leitbild und Aktionsplan der Strategie einen Orientierungsrahmen, wie zukünftig die Entwicklungsmöglichkeiten in wichtigen brandenburgischen Industriebranchen gewahrt sowie Nachhaltigkeit und Wettbewerbsfähigkeit der Industrie gesichert werden können.

Den Kern der brandenburgischen Industriestrategie bilden die aus der SWOT-Analyse, den Trends sowie den Zukunfts- und Erfolgsfaktoren hervorgegangenen acht Handlungsfelder, die wiederum zu **fünf zentralen Handlungsfeldern und die diesen zugeordneten prioritären Maßnahmen- bzw. Aktionsbereiche gebündelt wurden**. Diese berücksichtigen sowohl zukünftige Entwicklungstrends, die sich auf strukturelle Stärken und Schwächen der brandenburgischen Industrie auswirken, als auch Einflussfaktoren, welche Zukunftsfähigkeit und Erfolg der industriellen Entwicklung gewährleisten.

Dem Selbstverständnis nach ist **Industriepolitik** dabei mehr als reine Förderpolitik. Als Standortpolitik für die Industrie umfasst Industriepolitik auch die Bereiche Wissenschafts- und Mittelstandspolitik sowie Infrastruktur, also Bereiche, in denen Entscheidungen maßgebliche Auswirkungen auf Rahmenbedingungen für industrielle Produktion, Innovation und Investition haben.

Maßnahmen zur Erreichung der strategischen Ziele müssen sich dabei in dem Rahmen bewegen, den die soziale Marktwirtschaft vorgibt. Dies bedeutet, dass sich die Maßnahmen der industriepolitischen Strategie für Brandenburg am Markt und den dort geltenden Marktmechanismen orientieren müssen.

Abbildung 2: Leitbild Industrieland Brandenburg 2020



Die **fünf wirtschaftspolitischen Hauptziele** der industriepolitischen Strategie für Brandenburg sind:

Wettbewerbsfähigkeit

Durch zunehmend globale Verflechtungen ist die Industrie einem immer stärkeren Wettbewerbsdruck ausgesetzt. Industrieunternehmen aus Brandenburg müssen daher in die Lage versetzt werden, sich diesem Wettbewerb zu stellen und sich gegen internationale Wettbewerber durchzusetzen. Dazu gehört es, Marktvorteile durch hohe Produktqualität zu etablieren und Industrieprodukte zu Preisen anzubieten, die auch im Vergleich zu internationalen Wettbewerbern akzeptiert werden. Die Industrie in Brandenburg muss dazu ihre Kosten für Produktentwicklung, Produktion und Vertrieb in ein angemessenes Verhältnis zur Qualität der Produkte austarieren. Aber auch Ressourcen effiziente, Ressourcen schonende und umweltverträgliche Produktionsverfahren sowie die Orientierung an sozialen und ethischen Standards (corporate social responsibility) spielen zunehmend für die Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen und Branchen eine Rolle.

Nachhaltigkeit und Ökologie

Die brandenburgische Industrie soll sich im Gleichgewicht zwischen wirtschaftlichem Wachstum, Ökologie und sozialen Werten entwickeln. Die dabei zu schaffenden Rahmenbedingungen müssen im Sinne der „Zukunftsfähigkeit“ den Kriterien der Nachhaltigkeit gerecht werden. Nachhaltigkeit bezeichnet hierbei eine Entwicklung, die den Bedürfnissen der jetzigen Generation gerecht wird, ohne die Möglichkeiten künftiger Generationen zu gefährden, ihre eigenen Bedürfnisse zu befriedigen.

Um in Brandenburg wirtschaftliches Wachstum dauerhaft zu etablieren, müssen die Anforderungen von Unternehmen an die Gestaltung ihres Umfelds umgesetzt werden. Dazu zählt bspw., dass die Energieversorgung gesichert wird, wirtschaftsnahe Infrastruktur den Unternehmensbedürfnissen entspricht und Industriestandorte auch in Zukunft in ausreichendem Umfang zur Verfügung stehen. Da das Thema Erneuerbare Energien und nachwachsende Rohstoffe auch auf Grund aktueller weltweiter Ereignisse zunehmend an Bedeutung gewinnt stellt sich auch für das Industrie- und Flächenland Brandenburg zunehmend die Frage einer stärkeren ökologischen Ausrichtung der Industrieerzeugung sowie der stärkeren Berücksichtigung von Aspekten der Material- und Energieeffizienz im Rahmen des Produktionsprozesses.

Vor dem Hintergrund, dass Brandenburg bereits heute auf vielen innovativen und zukunftsweisenden Feldern wie etwa der Energietechnologie, der Luftfahrttechnologie oder der Solartechnologie führend ist, gilt es diese komparativen Vorteile künftig noch stärker an ökologischen und nachhaltigen Gesichtspunkten auszurichten.

Grundlegend ist bei der Verfolgung industrieller Zielstellungen darauf zu achten, dass die Funktionsfähigkeit des Naturhaushaltes und des Klimasystems gewahrt wird und die Industrie des Landes im Rahmen ihrer Produktionsstrukturen einen aktiven Beitrag hierzu leistet. So ist darauf zu achten, dass natürliche Lebensräume für Pflanzen und Tiere erhalten bleiben, die Nutzung von Ressourcen sparsam erfolgt, das Klima geschützt wird und die Industrie gerade in umwelt- und klimarelevanten Bereichen ihre Wachstumschancen sucht. Hierzu zählen in Brandenburg insbesondere die industriellen Anwendungsbereiche der Erneuerbaren Energien, wie Solar- und Windenergie, der Mobilität oder auch der Ernährungswirtschaft. Die weichen Standortfaktoren spielen dabei eine immer bedeutendere Rolle, wozu auch eine hohe Umweltqualität und eine guten Naturausstattung zählen. Wirksame Beiträge hierzu kann die Industrie durch Anwendung freiwilliger Leistungen etwa bei betrieblichen Umweltmanagementsystemen leisten.

Zudem muss die Entwicklung der Industrie soziale und gesellschaftliche Aspekte berücksichtigen. So gilt es unter Berücksichtigung eines gesellschaftlichen Konsenses auszuhandeln und festzulegen, welche Ziele vorrangig verfolgt und umgesetzt werden sollen.

Wachstum und Beschäftigung

Mit Wachstum und Beschäftigung gehen in Brandenburg Wohlstandseffekte einher. Diese schlagen sich in einer gesteigerten Lebensqualität und sozialer Sicherheit nieder und garantieren somit gesellschaftliche Stabilität. Vor dem Hintergrund, dass die Wachstums- und Beschäftigungsverhältnisse in anderen Bundesländern, gerade der

westdeutschen Wirtschaft, höher ausfallen als in Brandenburg, ist es für Brandenburg wichtig, die derzeitige Strukturschwäche zu überwinden.

Dabei ist es wichtig, dass Brandenburg im Wettbewerb der Standorte und Regionen mit attraktiven Arbeitsbedingungen für sich werben kann. Entscheidend ist dabei nicht allein die Lohnhöhe, sondern auch die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, die altersgerechte Gestaltung der Arbeitswelt sowie die Lebensbedingungen vor Ort. In diesem Sinne ist es Ziel der sozialpartnerschaftlichen Zusammenarbeit in Brandenburg, Tarifverträge gemäß wirtschaftlichen, sozialen und demografischen Rahmenbedingungen weiter zu entwickeln.

Grundlage für Wachstum ist eine gute Marktposition der Industrieunternehmen. Diese gilt es so auszubauen, dass nicht nur kontinuierliche Absätze in der Industrie erreicht werden, sondern zur Auslastung der Produktionskapazitäten zusätzliches Personal eingestellt werden muss. Darüber hinaus wird es darauf ankommen, bestehende Lücken in den industriellen Wertschöpfungsketten des Landes zu schließen.

Innovation

In Brandenburg ist es wichtig, Investitions- und Innovationsprozesse innerhalb von Industrieunternehmen auszubauen und als festen Bestandteil des unternehmerischen Handelns zu etablieren. Denn Innovationen helfen Unternehmen, ihren Markterfolg zu steigern. Im Rahmen interner Produktionsabläufe können Innovationen Kosten der Leistungserstellung reduzieren (Prozessinnovationen). Bezogen auf die Neu- und Weiterentwicklungen von Produkten erhöhen sie die Qualität der hergestellten Produkte (Produktinnovationen).

Beide Arten von Innovationen verbessern die Absatzmöglichkeiten eines Unternehmens, da etablierte Produkte entweder preiswerter abgesetzt werden können als die von Wettbewerbern, oder aufgrund der neuartigen Produkteigenschaften und -qualität zusätzliche Nachfrage generieren.

Ein Teil der brandenburgischen Industrieunternehmen nutzt gegenwärtig erst einen Teil seines innovativen Potenzials. Für diese Unternehmen geht es daher darum, durch Innovationen ihre Wettbewerbsfähigkeit zu verbessern und sich auch auf internationalen Absatzmärkten von internationalen Konkurrenten abzuheben.

Leistungsfähige Infrastruktur

Im Wettbewerb um Investitionen gilt Infrastruktur als einer der Faktoren, die über die Standortwahl von Industrieunternehmen entscheidet. Um durch Ansiedlungen in Brandenburg Wachstum und Beschäftigung zu ermöglichen, gilt es, investitionsinteressierten und bereits angesiedelten Unternehmen eine leistungsfähige Infrastruktur anbieten zu können. Diese muss Brandenburg nicht nur entwickeln, sondern auch in den Fokus von Investitionswilligen rücken, damit diese hierauf ihre Standortentscheidungen gründen können.

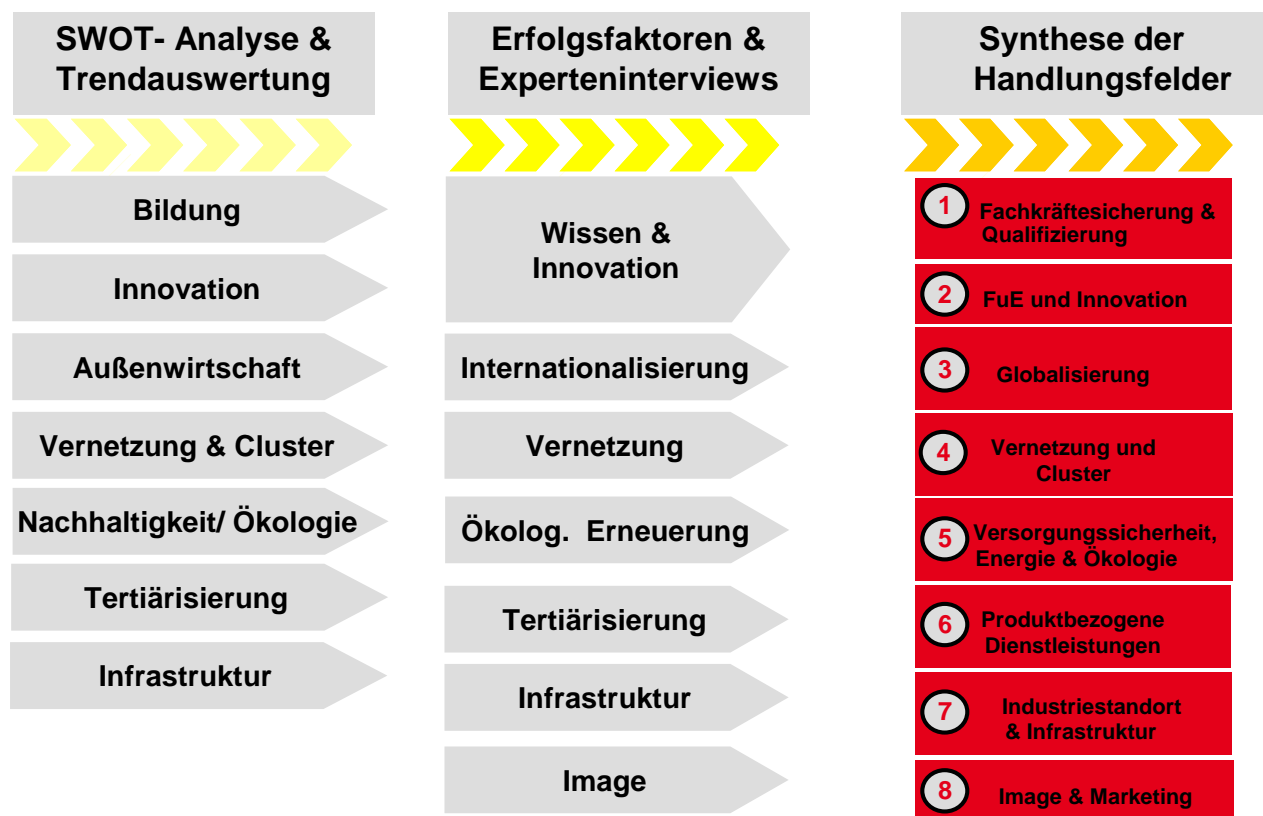
Die Anforderungen an erforderliche Einrichtungen umfassen dabei alle Arten der Infrastruktur. Zum einen Infrastruktur materieller Art wie Verkehrs-, Kommunikations-, Ver- und Entsorgungseinrichtungen. Daneben soziale Einrichtungen, die Betreuungs- und Versorgungsdienste anbieten sowie Einrichtungen der institutionellen Infrastruktur. Hierzu zählen Bildungsträger, Fachhochschulen und Universitäten, die neben der Ausbildung von qualifiziertem Personal auch frisches Know-how liefern, das Unternehmen in Form von FuE-Kooperationen zur Entwicklung von neuen Produkten und der Verbesserung ihrer Wettbewerbsfähigkeit zur Verfügung gestellt wird. Ferner zählen hierzu Verwaltungseinrichtungen, die Leistungen der Daseinsvorsorge sowie zu Genehmigungsverfahren erbringen.

5. Handlungsfelder, Leitprojekte und Maßnahmenpeicher des Aktionsplans „ProIndustrie“ Brandenburg

Zur Umsetzung des industriepolitischen Leitbildes bekennt sich die Landesregierung Brandenburg ausdrücklich zum Ansatz einer aktiven und querschnittsorientierten Industriepolitik zum Erhalt und dem Ausbau von Beschäftigung, Einkommen und Wohlstand in der märkischen Industrie. Ausdruck dieses Bekenntnisses ist der **Aktionsplan „ProIndustrie“ Brandenburg**. Dieser umfasst fünf Handlungsfelder und diesen zugeordnete prioritäre Einzelmaßnahmen.

Die **Auswahl der Handlungsfelder** berücksichtigt dabei zum einen zukünftige Entwicklungstrends, die sich auf Stärken und Schwächen der brandenburgischen Industrie auswirken. Die Ableitung der Handlungsfelder erfolgte ferner über die in den Analysen und Experteninterviews identifizierten Trends sowie Zukunfts- und Erfolgsfaktoren für die industrielle Entwicklung in Brandenburg.

Abbildung 3: Entstehung und methodische Ableitung der Handlungsfelder



Die aus Abbildung 3 ersichtlichen acht Handlungsfelder wurden für den Aktionsplan zu folgenden fünf **zentralen Handlungsfeldern** thematisch zusammengefasst:

1. Rahmenbedingungen (Industriestandort, Infrastruktur & Nachhaltigkeit);
2. Vernetzung, Cluster & Innovation
3. Internationalisierung & produktbezogene Dienstleistungen;
4. Fachkräfteentwicklung & Qualifizierung; sowie
5. Standortkommunikation (Image & Marketing)

Diese fünf zentralen Handlungsfelder sowie die diesen zuzuordnenden prioritären Maßnahmenbereiche und Einzelmaßnahmen stellen dabei kein starres und dogmatisches Detailprogramm für politisches Handeln dar, sondern verstehen sich als Aktionsfelder eines **querschnittsorientierten industriepolitischen Ansatzes**. Im Rahmen des Aktionsplanes sollen diese entsprechend den im Leitbild identifizierten Zielstellungen gezielt Wachstumschancen befördern und Schwächen sowie Entwicklungshemmnisse in der Brandenburgischen Industrie beseitigen. Die Maßnahmenvorschläge für prioritäre Einzelmaßnahmen sind handlungsorientiert und haben eine klare Schwerpunktsetzung auf die tatsächlichen und potenziellen Handlungsspielräume der Industrie in den angesprochenen Bereichen.

Die Landesregierung hat sich mit der getroffenen Priorisierung auf eine Auswahl **spezifischer Handlungsfelder und Einzelmaßnahmen** mit hoher Hebelwirkung innerhalb des industriepolitischen Gesamtkonzeptes verständigt, die im einem partizipativen und dialogorientierten Prozess zwischen Landesregierung, Wirtschafts- und Sozialpartnern und regionalen bzw. kommunalen Verantwortlichen umgesetzt werden sollen.

Für die zentralen Handlungsfelder wurden „**Leitprojekte**“ mit einer besonderen industriepolitischen Relevanz im Handlungsfeld und für die damit verbundenen industriepolitischen Zielstellungen zur Realisierung in einer ersten Stufe der Umsetzung des Aktionsplans definiert.

Weitere dem jeweiligen Handlungsfeld zugeordnete Maßnahmenbereiche und Einzelvorhaben bilden den sogenannten „**Maßnahmenspeicher**“. Zum gegebenem Zeitpunkt werden hieraus zwischen den am Prozess Beteiligten die Maßnahmen der nächsten Umsetzungsstufen festgelegt und eventuell ergänzt.

Für jedes der im Aktionsplan festgelegten **Handlungsfelder** sowie die zugehörigen prioritären Maßnahmenbereiche werden nachfolgend zunächst die industriepolitischen Herausforderungen und Zielstellungen sowie bisherige Aktivitäten der Landesregierung beschrieben. Eine zentrale Stellung nehmen dabei die jeweiligen **Leitprojekte** in den Handlungsfeldern ein. Die aufgeführten **Einzelmaßnahmen des Maßnahmenspeichers** stellen die in weiteren Umsetzungsstufen mit entsprechenden Prioritäten zu versiehenden Aktionsbereiche einer aktiven Industriepolitik des Landes dar, um der Zielstellung einer zukunfts- und wettbewerbsfähigen, wachstumsorientierten und nachhaltigen industriellen Basis in Brandenburg Rechnung zu tragen.

Der Aktionsplan mit Handlungsfeldern, Leitprojekten und weiteren Projekten im Maßnahmenspeicher stellt sich in seiner Struktur wie folgt dar:

Abbildung 4: Aktionsplan ProIndustrie BB mit Zielstellungen, Handlungsfeldern, Leitprojekten und Maßnahmenbereichen im Maßnahmenspeicher



prognos

**LAND
BRANDENBURG**
Ministerium für Wirtschaft
und Europaangelegenheiten

Aktionsplan „ProIndustrie BB“
Modern und ökologisch orientierter Industriestandort 2020

Zielsetzung

Berücksichtigung
sektoraler und regionaler
Konzeptionen

Stärkung von Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit der Brandenburgischen Industrie

Mittelstandsstrategie (EER), Gemeinsame Innovationsstrategie mit Berlin (InnoBB), Clusterpolitik, Querschnittsthemen (CleanTech, Werkstoffe, Automatisierungstechnik, Sicherheit), Regionale Wachstumskerne (RWK), Ansiedlungsstrategie, Energiestrategie 2020, Außenwirtschaftskonzept

Handlungsfelder

Leitprojekte

Maßnahmenbereiche im Maßnahmenspeicher

<p>1</p> <p>Rahmenbedingungen (Industriestandort, Infrastruktur & Nachhaltigkeit)</p>	<p>Leitprojekt „Aktive Flächen- und Ansiedlungspolitik/LPT“</p>	<ul style="list-style-type: none"> ▪ A1 Infrastrukturentwicklung ▪ A2 Flächenmanagement ▪ A2 Energie- und Rohstoffversorgung ▪ A3 Innovations- und Wertschöpfungskette Erneuerbare Energien/Clean Tech
<p>2</p> <p>Vernetzung, Cluster & Innovation</p>	<p>Leitprojekt „Brandenburgspezifische Industriecluster“</p>	<ul style="list-style-type: none"> ▪ B1 Wissenstransfer ▪ B2 Innovationsförderung
<p>3</p> <p>Internationalisierung & produktbezogene Dienstleistungen</p>	<p>Leitprojekt „Internationalisierung von Clustern“</p>	<ul style="list-style-type: none"> ▪ C 1 Kontaktvermittlung für Industrieunternehmen im Ausland ▪ C 2 Kooperationen des Mittelstandes, Internationalisierungs-Coaching ▪ C 3 Finanzierungsfragen und Dienstleistungsorientierung
<p>4</p> <p>Fachkräfteentwicklung & Qualifizierung</p>	<p>Leitprojekt „Fachkräfte bilden, halten, gewinnen“</p>	<ul style="list-style-type: none"> ▪ D 1 Qualifikation bei vorhandenen Fachkräften erhöhen ▪ D 2 Den zukünftigen Bedarf an Fachkräften decken ▪ D 3 Vorhandene Fachkräfte und Nachwuchs stärker an den Standort Brandenburg binden
<p>5</p> <p>Standort-Kommunikation (Image & Marketing)</p>	<p>Leitprojekt „Imagekampagne ProIndustrie“</p>	<ul style="list-style-type: none"> ▪ E 1 Clusterkonferenzen, Clusterdialoge ▪ E 2 Marketing für die Brandenburger Industrie ▪ E 3 Industriegipfel als Dialogforum

5.1 Handlungsfeld: Rahmenbedingungen (Industriestandort, Infrastruktur & Nachhaltigkeit)

Herausforderung

Industrieunternehmen sind erfolgreich, wenn sie ihre Leistungen qualitäts- und termingerecht sowie zu angemessenen Kosten erbringen können. Hierbei sind sie stark abhängig davon, welche Qualität die Verkehrs-, Kommunikations- und Energieversorgungseinrichtungen aufweisen. Denn während Unternehmen bei internen Abläufen selbst die betriebsinternen Abläufe und Kosten beeinflussen können, ist eine Einflussnahme auf die infrastrukturbedingten Kosten nur bedingt möglich. Aus diesem Grund hängen Standortwahl und der Erfolg von Industrieunternehmen unter anderem von der Qualität der vorhandenen Infrastruktur am Standort ab.

Gerade für die Industrie stellt die Versorgung mit Energie und Rohstoffen einen wichtigen Produktionsfaktor dar. Die Energiewirtschaft selbst ist in Brandenburg eine tragende Säule der wirtschaftlichen Entwicklung. Dabei muss eine sichere Versorgung mit Energie, Rohstoffen und Wasser zu möglichst günstigen Preisen gesichert sein, weil sie einen erheblichen Kostenfaktor für die Industrieproduktion und damit entscheidenden Wettbewerbsfaktor darstellt. Die Energieversorgung muss auch Anforderungen des Umwelt- und Klimaschutzes erfüllen: Die Endlichkeit fossiler Energieträger sowie die durch deren Verbrennung verursachten globalen Umweltveränderungen erfordern sowohl einen sparsamen Umgang mit fossilen Energieträgern als auch die Entwicklung neuer Technologien, gerade auch aus Gründen des Klimaschutzes.

Verkehrstechnisch und logistisch verfügt die Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg über strategische Lagevorteile für die ost-west- sowie für die nord-süd-Verkehrsanbindungen. Eine angezielte Drehkreuzfunktion kann die Region nur durch die Verbindung der osteuropäischen Verkehrsströme mit den Nord-Süd-Verkehren erreichen. Die Einbindung der Hauptstadtregion in die Transeuropäischen Netze ist deshalb voranzutreiben. Die Inbetriebnahme des Flughafens Berlin Brandenburg Willy Brandt (BER) bietet dafür vielfältige zusätzliche Chancen.

Zielsetzung

Am Standort Brandenburg muss die Wettbewerbsfähigkeit des Industriestandorts gestärkt werden, indem die Verkehrs-, Wissens- und Kommunikationsinfrastruktur zielgerichtet ausgebaut wird. Von entscheidendem Einfluss sind besonders Qualität und Kosten von Energieversorgungseinrichtungen, die Verkehrserreichbarkeit sowie die Verfügbarkeit von ausgewiesenen Industriestandorten.

Brandenburg bekennt sich ausdrücklich zu einer nachhaltigen Industriestrategie, bei der allen drei Zielen - Versorgungssicherheit, Wettbewerbsfähigkeit und Ökologie - eine gleichgroße Bedeutung zukommt.

Die Brandenburgische Industrie findet günstige Standortbedingungen vor, die durch Versorgungssicherheit, Preisgünstigkeit sowie ökologischer Zielorientierung bei der Energie- und Ressourcenversorgung gekennzeichnet sind. Die Industrieunternehmen sollen Produktionsverfahren zum effizienten Umgang mit Energieträgern, Rohstoffen und Material entwickeln und einsetzen. Deren Verbreitung führt dazu, dass Qualitätsstandards gesetzt werden und Unternehmen aus Brandenburg auf dem Weltmarkt erfolgreich sind.

Strategische Ziele:

- Die **integrierte Standortentwicklung in den RWK** genießt weiterhin eine hohe Priorität. Gerade in den Regionalen Wachstumskernen sollte die Entwicklung von Verkehrs- und wirtschaftsnaher Infrastruktur vorrangig weiter voran getrieben werden.
- **Gewerbeflächen** müssen in ausreichendem Umfang preiswert zur Verfügung stehen.
- Für alle produzierenden Unternehmen, insb. für die Gruppe der „Energieintensiven Industrien“, muss die **Energieversorgung zu wettbewerbsfähigen Preisen** gesichert werden. Hierzu verfolgt Brandenburg weiter seinen Weg eines ausgewogenen Energiemixes.
- Um **ökologische Ziele** zu erreichen, setzt Brandenburg auf **Effizienztechnologien** und **CO₂-arme** Produktion. Gleichzeitig werden Optionen für erfolgreiche Speichertechnologien im Bereich CCS geprüft.
- **Innovative Technologien** für erneuerbare Energien werden gefördert, insb. Windenergie, Photovoltaik, Biomasse, Netzintegration und Speichertechnologien.

Bisherige Aktivitäten

Im Rahmen der **Neuausrichtung der Förderpolitik** auf Regionale Wachstumskerne (RWK) und Branchenkompetenzfelder/Cluster leistet die Bündelung von Ressourcen an regionalen Schwerpunkten einen Beitrag zur Stärkung der Industrie. Zu den Maßnahmen der integrierten Standortentwicklung in den RWK zählen u.a. die Förderung von Erschließungs- und Verkehrsmaßnahmen in Gewerbegebieten (GA-I-Richtlinie) sowie die Verbesserung der regionalen Verkehrsanbindung der RWK. Darüber hinaus hat das Ministerium für Wirtschaft und Europaangelegenheiten, u.a. das Projekt "Erhöhung der Wirksamkeit von EFRE-Interventionen in den Regionalen Wachstumskernen" auf den Weg gebracht, wodurch die Branchenkompetenzfelder in den RWK durch verschiedenste Maßnahmen unterstützt werden.

Für industrielle Ansiedlungs- und Erweiterungsmaßnahmen spielen die im Rahmen der **Landesentwicklungsplanung** ausgewiesenen Vorrangflächen für die Industrie eine bedeutende Rolle. Sie sind daher auch bei künftigen Vorhaben zur Erfassung, Pflege und Weiterentwicklung des Bestandes an Gewerbe- und Industrieflächen im Rahmen des Flächenmanagements besonders zu berücksichtigen.

Derzeitige Maßnahmen in Brandenburg orientieren sich konsequent am energiepolitischen Zielviereck aus Versorgungssicherheit, Wirtschaftlichkeit, Umwelt- und Klimaschutz sowie Akzeptanz und Beteiligung. Der Gedanke wird auch von der **Energiestrategie** des Landes Brandenburg aufgegriffen. Dem Ausbau Erneuerbarer Energien kommt dabei eine zentrale Rolle zu. Der eingeschlagene Weg setzt dabei einen Schwerpunkt auf technologische Innovationen, bspw. im Rahmen der Förderung innovativer, technologischer Energiesparttechnologien (Energie Technologie Initiative - ETI) oder der Energieeffizienz (REN-plus-Programm). Die **ZAB** bietet bereits ein umfangreiches Beratungsangebot im Bereich Energieeffizienz und Einsatz erneuerbaren Energien.

Die im Folgenden vorgeschlagenen Handlungsoptionen und Maßnahmen unterstreichen und ergänzen bereits eingeleitete oder bestehende Förderansätze des Landes.

Leitprojekt: „Aktive Flächen- und Ansiedlungspolitik / LPT“

Herausforderung:

Das Land Brandenburg sieht sich mit einem weiter zunehmenden Standortwettbewerb der Wirtschaftsregionen untereinander konfrontiert. Die Akquisitionsmaßnahmen zur Gewinnung neuer Unternehmen sowie die Investitionsvorhaben angesiedelter Betriebe stehen dabei unter der negativen Maßgabe deutlich abschmelzender finanzieller Anreizmittel. Investorinnen und Investoren müssen folglich zukünftig aktiver durch ein attraktives Service-Angebot des Landes angeworben werden. Neben dem wichtigen langfristigen Ziel der Sicherung eines qualifizierten Fachkräftepotenzials im Land Brandenburg stellt sich für die Brandenburger Kommunen und Regionalen Wachstumskerne (RWK) die wesentliche Herausforderung, ein qualitativ und quantitativ hochwertiges Angebot an Gewerbe- und Industrieflächen vorzuhalten. Dieses Angebot gilt es, gemeinsam mit allen weiteren relevanten Informationen für Unternehmen und Wirtschaftsförderer, kundenorientiert darzustellen und gegenüber Interessenten zu vermarkten.

Zielstellung:

Die Erfassung, Pflege und Weiterentwicklung des Bestandes an Gewerbe- und Industrieflächen bleibt eine zentrale Aufgabe im Rahmen des Flächenmanagements von Land und Gemeinden. Darüber hinaus müssen die diesbezüglichen Informationen mit anderen entscheidungs-relevanten Informationen gekoppelt und benutzerorientiert zusammengeführt werden. Ziel ist es, die Anzahl sich neu ansiedelnder Unternehmen perspektivisch durch ein attraktives Angebot zu erhöhen und so sowohl die bestehende Nutzungsintensität der Gewerbebestände zu verbessern als auch die Marktzuführung nicht beplanter Altgewerbe-, Altindustrie- und Konversionsflächen zu erhöhen.

Beschreibung der Maßnahme:

Im Zusammenhang mit der Profilierung des Wirtschafts- und Investitionsstandortes Brandenburg wird das LandesPräsentationsTool (LPT) zu einem zentralen Instrument aktiver Flächen- und Ansiedlungspolitik aufgebaut. Das LPT wird dabei die Möglichkeit der differenzierten georeferenzierten Darstellung eines wesentlichen Teiles der in der Landesverwaltung und den IHKen verfügbaren relevanten Daten sowie regionaler Inhalte bieten. Das als multimediale Plattform angelegte Online-Portal umfasst dabei sowohl harte als auch weiche Standortfaktoren für die einzelnen Regionen des Landes Brandenburg in aggregierter und gebündelter Form und ist daher auch ein wichtiges Projekt im Rahmen des eGovernment. Die Planungen für Vorrangflächen für die Industrie im Rahmen des Landesentwicklungsplanes (LEP) sind hierbei explizit zu berücksichtigen. Das LPT stellt damit neben der Direktinformation des Kunden bzw. der Kundin in seiner Vollversion ein wichtiges web-basiertes Akquisitions-Tool auch für regionale Nutzer z.B. die Wirtschaftsfördergesellschaften der Landkreise sowie für die ZukunftsAgentur Brandenburg GmbH (ZAB) dar.

Das Projekt hat aufgrund des ressortübergreifenden Ansatzes bundesweit einen Alleinstellungs-Charakter und setzt das Ziel des Landtagsbeschlusses zur Errichtung eines modernen internetbasierten Standortmarketingsystems für das Land Brandenburg um. Perspektivisch ist angedacht, das LPT gemeinsam mit dem Berliner business location center (BLC) für die Hauptstadtregion zu verbinden und so den potenziellen Ansiedlern ein anschauliches Bild über die Vorzüge eines unternehmerischen Engagements in der Hauptstadtregion zu bieten.

Zusätzlich ist das Instrument zur Bestandspflege ansässiger Unternehmen ebenso geeignet wie auch für die Bindung der Fachkräfte an das Bundesland. Durch die Einbindung sämtlicher Daten über kammergelistete regionale Unternehmen finden brandenburgische Unternehmen und Fachkräfte über das LPT ein zentrales Informationsportal.

In erster Linie geht es darum, eine neue Informationsqualität zu erreichen und anbieten zu können, die auch eine zielgerichtete Ansiedlungspolitik für Industrieunternehmen ermöglicht. Daher ist vorgesehen, das System nach der Erstellung der ZAB als Instrument der Akquisitionspolitik zu übergeben. Ziel muss es sein, bestehende Lücken in den industriellen Wertschöpfungsketten des Landes, insbesondere in den Bereichen der landesweiten Cluster, durch gezielte Akquisition von Unternehmensansiedlungen zu schließen und langfristig selbst tragende Strukturen im Land zu etablieren.

Verantwortlichkeiten:

Ministerium für Wirtschaft und Europaangelegenheiten, ZAB

A: Maßnahmenpeicher im Handlungsfeld Rahmenbedingungen

Maßnahmenbereiche A:

A1. Infrastrukturentwicklung

A2. Flächenmanagement

A3. Energie- und Rohstoffversorgung

A4. Innovations- und Wertschöpfungskette Erneuerbare Energien (CleanTech)

Maßnahmenbereich A1: Infrastrukturentwicklung

Ausbau der Drehkreuzfunktion für Verkehre nach Ostdeutschland und Osteuropa sowie nach Süden und Norden. Damit Brandenburg an den Märkten in Osteuropa sowie in Skandinavien und Südeuropa partizipiert, muss es bi- bzw. trimodal mit gut ausgebauter Infrastruktur ausgestattet sein. Dies gilt für die Infrastruktureinrichtungen für den Güterumschlag Straße/Schiene und Straße/Schiene/Wasserstraße bzw. Luftfracht. Die Landesregierung Brandenburg wird sich schwerpunktmäßig auf den weiteren Ausbau des Schienenverkehrsnetzes der Strecken nach Rostock und Stralsund mit der Weiterführung nach Skandinavien und der Strecke Berlin-Dresden-Prag sowie einer besseren Vernetzung mit Polen einsetzen.

Weiterhin zählt hierzu die **Weiterentwicklung und Stärkung verkehrlicher Knoten** (u.a. Güterverkehrszentren, Häfen, Flughafen) im System der Verkehrsinfrastruktur insgesamt und die Entwicklung der Region zu einem europäischen Logistikzentrum. Zur Förderung des Branchenkompetenzfeldes Logistik gilt es gerade die Verknüpfung der Verkehrsträger Flugzeug, Schiene und Straße zu befördern (Beispiel: BER, Ausbau von Hafenstandorten).

Infrastrukturentwicklung in den RWK. Die RWK genießen in entwicklungsrelevanten Förderprogrammen der Landesministerien einen Fördervorteil; sie werden vorrangig behandelt, in dem der Mitteleinsatz stärker auf diese Standorte konzentriert wurde und wird. Alle RWK haben in diesem Prozess Standortentwicklungskonzepte erarbeitet. Aus diesen Standortentwicklungskonzepten leiten sich konkrete Vorhaben und Maßnahmen für alle Förderbereiche ab. Dazu zählen sowohl klassische Infrastrukturvorhaben aber auch Maßnahmen zur Verbesserung der wirtschaftsnahen und der sozialen Infrastruktur.

Ausbau der Informations- und Kommunikationsinfrastruktur. Auch die peripher gelegenen Standorte in Brandenburg müssen attraktive Standortbedingungen aufweisen. Um diese auch in punkto Kommunikation und Datenaustausch sicherzustellen, gilt es den flächendeckenden Ausbau von Breitbandanschlüssen zu erreichen.

Maßnahmenbereich A2: Flächenmanagement

Datenpflege und kontinuierliche Fortschreibung des bestehenden Atlas zu Gewerbeflächen. Um im Ansiedlungswettbewerb erfolgreich zu bleiben, müssen insbesondere die Brandenburgischen Kommunen sowie die Regionalen Wachstumskerne (RWK) quantitativ und qualitativ über ein attraktives Gewerbe- und Industrieflächenangebot verfügen. Ansiedlungsinteressierte Unternehmen fordern in der Regel ein auf ihre Bedürfnisse zugeschnittenes individuelles Flächenangebot.

Im Rahmen eines **aktiven Flächenmanagements** geht es sowohl um die Erhöhung bzw. Verbesserung der möglichen Nutzungsintensität der bestehenden Gewerbeflächen, die Nutzung bzw. Marktzuführung von nicht beplanten Altgewerbe- und Altindustrie- sowie Konversionsflächen, die laufende Beobachtung und Erfassung der Flächen- und Standortentwicklung und die Prüfung von Flächenerweiterungen und schließlich die Neuausweisung von Flächen für die Gewerbe- und Industrienutzung.

Maßnahmenbereich A3: Energie- und Rohstoffversorgung

Die Stellung der Braunkohle im künftigen Energiemix wird derzeit im Rahmen der Weiterentwicklung der Energiestrategie Brandenburgs überprüft - auch vor dem Hintergrund der Energiewende in Deutschland. Der Ausbau der Erneuerbaren Energien (Wind, Fotovoltaik, Biomasse und nachwachsende Rohstoffe) trägt dazu bei, Umweltziele zu erreichen und einen ausgewogenen Energiemix zu sichern. Notwendig ist der Aufbau einer stabilen Systemstruktur aus zentralen und dezentralen Erzeugungs- und Versorgungsanlagen. Eine regionale Konzentration begünstigt eine Clusterbildung, da es die kritische Masse an Anlagen erleichtert, Wartungsfirmen, Hersteller und weitere Firmen entlang der Wertschöpfungskette anzusiedeln.

Durch **verstärkte Forschung im Bereich Erneuerbare Energien, Effizienz und Speichertechnologien** sowie innovativer Exploration kann es gelingen, die Ziele Wirtschaftlichkeit, Versorgungssicherheit und Umweltverträglichkeit noch besser in Einklang zu bringen und Erneuerbare Energien künftig wettbewerbsfähig mit der Stromerzeugung aus fossilen Energieträgern zu machen.

Minderung des CO₂-Ausstoßes. Konventionelle Energieträger sind konsequent in Richtung eines verminderten CO₂-Ausstoßes weiter zu entwickeln. Gerade bei der Verstromung von Braunkohle ist die technologische Steigerung eines höheren Wirkungsgrads anzustreben. Unterstützung verdient zudem der bereits eingeschlagene Weg, die CCS-Technologie zur Abspaltung und Speicherung von CO₂ bei der Braunkohlenverstromung weiter zu erforschen und anzuwenden.

Sicherung preisgünstiger, -stabiler sowie verlässlicher Energie- und Rohstoffversorgung. Neben einem ausgewogenen Energiemix engagiert sich das Land für eine verlässliche, preisgünstige Versorgung mit Energie, Wasser, Metallen und Rohstoffen ein. Auch die Optimierung der Kostensituation für Wasser, Abwasser und bei der Entnahme von Grundwasser für Produktionszwecke verbessert die Standortbedingungen für die Industrie.

Deckelung der Kostenbelastung von energieintensiven Industrieunternehmen. Das Land sollte sich auch in Zukunft dafür einsetzen, dass die Kostenbelastung (z.B. CO₂-Zertifikate) für diejenigen energieintensiven Industriebranchen begrenzt wird, die verstärkt im internationalen Wettbewerb stehen. Hierzu zählen u.a. die Metall-, die Glas- und Keramik-, die Papierindustrie sowie die chemische Industrie. Dabei wird davon ausgegangen, dass auch von Unternehmensseite die verfügbaren Einsparpotenziale weitgehend ausgeschöpft werden.

Maßnahmenbereich A4: Innovations- und Wertschöpfungskette Erneuerbare Energien / Clean Tech

Vervollständigung und Schließung der Wertschöpfungskette im Bereich der Windenergie, der Photovoltaik und der nachwachsenden Rohstoffe. Die Unterstützungsmaßnahmen des Landes sollten sich zukünftig auf die gesamte Wertschöpfungskette der Erneuerbaren Energien richten, von der Forschung und Entwicklung bis hin zur Zuliefererindustrie.

Effizienztechnologien als zukunftsträchtiges Geschäftsfeld etablieren. Der Themenbereich Energie-/Material- und Ressourceneffizienz ist für die Industrie nicht nur als Anwender wichtig, sondern auch als zukunftsträchtiges Geschäftsfeld. Brandenburg sollte seine Industrieunternehmen hier unterstützen, um neue Produkt- und Exportchancen rechtzeitig zu erkennen und zu nutzen.

Ideenwettbewerb „Energie- und Materialeffizienz“. Durch einen Wettbewerb „Energie und Materialeffizienz“ für zukunftsweisende und innovative Geschäftsmodelle im Kontext Material- und Energieeffizienz sollen unternehmerische Potenziale erkannt und durch eine projektbezogene Anteilfinanzierung befördert werden. Effizienzsteigerungen führen auch zu einer verbesserten Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen aus Industrie, Dienstleistungen sowie dem Handwerk. Mit dem Wettbewerb ProViel sind hier erste Weichenstellungen erfolgt.

„Roundtable“-Gespräche zur Energie- und Materialeffizienz/Energie-Effizienz-Checks. Es sollen Lösungen zur Steigerung der Energieeffizienz in KMU aufgezeigt und diskutiert werden. Gegenstand können auch Managementsysteme zur Verbesserung des Ressourceneinsatzes und Vermeidung von Materialverschnitt sein, inkl. verstärktem Recycling und der Nutzung von Sekundärrohstoffen. Im Rahmen des Moduls Energie-Effizienz-Checks gilt es, industrielle KMU zur Implementierung von Energiemanagementsystemen zu motivieren.

Insbesondere bei kleinen und mittleren Unternehmen bestehen Informationsdefizite auf dem Weg zu Investitionen in Energieeffizienzmaßnahmen. Mit der Maßnahme **„Entwickeln eines Energieeffizienzpreises für kleine und mittlere Unternehmen“** wird das Ziel verfolgt, eine Erhöhung der Energieeffizienz in kleinen und mittleren Brandenburger Unternehmen durch einen Wettbewerb, der die Steigerung der Energieeffizienz öffentlichkeitswirksam mit Preisgeldern prämiert und dadurch Ansporn für weitere Unternehmen schafft, energetische Einsparungen zu realisieren. Die Maßnahme ist Leitprojekt im Rahmen der Umsetzung der Energiestrategie 2030. Eng hiermit verbunden ist eine weitere Maßnahme aus der Energiestrategie in Form einer „Qualifizierungsoffensive für mehr Energieeffizienz in Unternehmen“. Ferner zu nennen sind das Einführen modularer Energiemanagementsysteme sowie das Unterstützen eines nachhaltigen Güterverkehrs durch gezielte infrastrukturelle Fördermaßnahmen.

5.2 Handlungsfeld: Vernetzung, Cluster & Innovation

Herausforderung

Die Vernetzung von Industrieunternehmen untereinander sowie mit universitären und außeruniversitären FuE-Einrichtungen stellt im Land Brandenburg auf Grund der auch in der Industrie vorzufindenden klein- bis mittelständischen Betriebsstruktur eine entscheidende Voraussetzung dar, damit Unternehmen innovativ sein können. Industriepolitische Initiativen sollten daher das Entstehen von Netzwerken entlang von Wertschöpfungsketten unterstützen, damit sich Austauschprozesse zwischen den Netzwerkmitgliedern etablieren und regionales Engagement gefördert wird. In der aktuellen Legislatur erfolgt basierend auf den Festlegungen im Koalitionsvertrag eine Weiterentwicklung der wirtschaftspolitischen Strategie. Dabei ist eine weitere sektorale Fokussierung und eine Akzentsetzung im Bereich wirtschaftspolitischer Maßnahmen i.S. einer Clusterpolitik vorgesehen.

Industrieunternehmen benötigen einen kontinuierlichen Zufluss von neuem technischem Wissen, da dieses die Grundlage darstellt, um eine beständige Fortentwicklung der Produktpalette betreiben zu können.

Zielsetzung

In brandenburgischen Clustern muss es gelingen, regionales Know-how zu mobilisieren und hochwertige Technologien zu entwickeln, damit diese zum wirtschaftlichen Erfolg der Cluster beitragen.

Unternehmen können mit Innovationen ihre Wettbewerbsfähigkeit verbessern und damit den Markterfolg sichern.

Strategische Ziele:

- Die regionale Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit soll gestärkt werden, indem **Cluster-Aktivitäten** entlang ganzer Wertschöpfungsketten erfolgen.
- Im Rahmen der sektoral gezielt ausgewiesenen **Cluster** wird jeweils eine spezifische Clusterstrategie (Masterplan) einhergehend mit einer förderpolitischen Prioritätensetzung verfolgt.
- Ein effizientes Wissens- und Technologietransfersystem soll dazu beitragen, die Vernetzung von Industrie und Forschung zu sichern. Das bestehende Technologietransfersystem gilt es im Zuge der Clusterpolitik und der gemeinsamen Innovationsstrategie weiterzuentwickeln.
- Brandenburgische KMU müssen über eine hohe Innovationsneigung verfügen und offen für Innovationsprozesse sein.
- In Zusammenarbeit mit Hochschulen und wissenschaftlichen Einrichtungen sollen Großunternehmen und KMU in großem Umfang FuE-Bemühungen verfolgen und ihre Innovationsintensität steigern.
- Staatliche Innovationsförderung muss im Schwerpunkt auf den Mittelstand gerichtet sein und die Innovationsfähigkeit von KMU herstellen.
- Darüber hinaus sind zur Schließung von Lücken in den Wertschöpfungsketten gezielte Bemühungen zur Akquisition und Neuansiedlung von Unternehmen erforderlich, da vielfach innovative Bestandsunternehmen auf Grund von Kapitalchwäche kurzfristig keine strukturbildenden Investitionen vornehmen.
- Schließung von Finanzierungslücken durch Bereitstellung von Beteiligungskapital für Unternehmen.

Bisherige Aktivitäten

Zentrales Element der **Neuausrichtung der Förderpolitik** ist die sektorale und regionale Fokussierung auf Branchenkompetenzfelder (BKF) und Regionale Wachstumskerne (RWK) des Landes. Die Landesregierung und die ZAB haben die Initiierung von **Netzwerkstrukturen** (über GRW-Clustermanagement geförderte Branchennetzwerke) und auch projektspezifische Kooperationen in Netzwerken (Impulsprogramm) unterstützt. Darüber hinaus wurde eine „Strategische Allianz“ zur Stärkung von Schlüsselbranchen in der Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg gegründet, um Synergien zwischen den jeweiligen Wertschöpfungsketten zu nutzen. Zur Beteiligung an (inter-)nationalen Projekten und Ausschreibungen wird bspw. über die ZAB unterstützt, dass Unternehmen aus einem Pool erfahrener Antragstellende mit entsprechender europäischer Reputation vermittelt und beratend eingebunden werden.

In der aktuellen Legislatur erfolgt basierend auf den Festlegungen im Koalitionsvertrag eine **Weiterentwicklung der wirtschaftspolitischen Strategie**. Neben der Beibehaltung bewährter Ansätze soll eine stärkere sektorale Prioritätensetzung erfolgen. Branchenkompetenzfelder werden zu **Clustern** weiterentwickelt und im Rahmen einer integrierten Strategie (**Clusterpolitik**) wirtschaftspolitisch unterstützt. Nachdem die Festlegungen gemeinsamer Cluster mit Berlin sowie von Brandenburg-spezifischen Clustern erfolgt sind, sind als weitere Strategieelemente die Etablierung von Clustermanagements, die Erarbeitung von Masterplänen, die Durchführung von Clusterdialogen sowie die Implementierung eines Clustermonitorings vorgesehen. Als weiteres Strategieelement ist u.a. die Forcierung von **Querschnittsthemen**, die über eine herausgehobene Relevanz für alle industriellen Branchen und Cluster im Land Brandenburg verfügen vorgesehen. Zu den Querschnittsthemen zählen Materialien & Werkstoffe, Clean Technologies, Sicherheit, Produktions- und Automatisierungstechnik.

Darüber hinaus steht derzeit die Verbesserung **des Wissens- und Technologietransfers** im Vordergrund. Im Rahmen der Gemeinsamen Innovationsstrategie Berlin-Brandenburg wird eine Innovationsstrategie auf Basis der gemeinsamen Cluster und von Querschnittsthemen verfolgt.

Es gibt in diesem Themenfeld eine Reihe von Förderprogrammen, wie z.B. die **Technologierichtlinie** für KMU und die Förderung von Innovationsassistenten im Land Brandenburg. Auf Bundesebene existiert ferner das neue „Zentrale Innovationsprogramm für den Mittelstand“ des BMWi sowie zahlreiche weitere Programme, wie bspw. „KMU innovativ“ und die Förderung von Forschungsk Kooperationen im Rahmen des BMBF-Programms „Forschungsprämie“.

Herausforderung:

Der Koalitionsvertrag der Landesregierung Brandenburg sieht eine weitere sektorale Prioritätensetzung vor, die die Weiterentwicklung besonders wachstums- und wettbewerbsfähiger Branchenkompetenzfelder zu Clustern und damit einer neuen Qualität verfolgt. Im Juni 2011 haben der Berliner Senat und die Landesregierung die Gemeinsame Innovationsstrategie (innoBB) beschlossen. Das Hauptanliegen von innoBB liegt in der Entwicklung von länderübergreifenden Clustern, jedes mit einem gemeinsamen Management. Auf der Grundlage der bisherigen „Zukunftsfelder“ wurden die Bereiche Medien/ IKT/ Kreativwirtschaft, Verkehr/ Mobilität/ Logistik, Gesundheitswirtschaft, Optik und Energietechnik als gemeinsame Cluster ausgewählt.

Aus Sicht des Landes Brandenburg gibt es darüber hinaus jedoch vier weitere – Brandenburg spezifische – Branchen, die eine große wirtschaftliche Bedeutung für Wertschöpfung und Beschäftigung im Land haben. Dabei handelt es sich um die bisherigen Branchenkompetenzfelder Chemie/ Kunststoffe, Ernährungswirtschaft und Metall aus dem Bereich der Industrie sowie den Tourismus. Sie müssen ebenfalls zu Clustern weiter gebildet werden.

Zielstellung:

Die Brandenburg spezifischen Cluster haben den gleichen Stellenwert wie die gemeinsamen Cluster Berlin-Brandenburg. Dementsprechend müssen für diese Cluster vergleichbare Strukturen aufgebaut werden. Die Cluster werden im Rahmen einer integrierten Strategie über alle Politikfelder (Clusterpolitik) wirtschaftspolitisch unterstützt. Den clusterangehörigen Unternehmen wird im Rahmen der Investitionsförderung über eine neue GRW-G Richtlinie **Priorität bei der Wirtschaftsförderung** eingeräumt. Ferner werden die Cluster zu Schwerpunkten im neu strukturierten Technologietransfersystem, bei industriepolitischen Aktivitäten, dem Standortmarketing und der Ansiedlungs- und Außenwirtschaftspolitik.

Beschreibung der Maßnahme:

Im Rahmen der Clusterpolitik ist vorgesehen für jedes Cluster ein sog. **Clustermanagement** zu initiieren. Für die gemeinsamen Cluster Berlin-Brandenburg wurden hierzu Kooperationsvereinbarungen für effiziente Organisationsstrukturen zwischen den strategischen Institutionen ZAB/ TSB/ BerlinPartner geschlossen. Die Brandenburg spezifischen Industrie-Cluster werden im Rahmen des „Clusterprojekts“ von der ZAB betreut. Die Clustermanagements sollen im Sinne einer nachhaltigen Clusterentwicklung die Erarbeitung von Masterplänen und die Verantwortung für deren Umsetzung übernehmen. Ein Beirat begleitet die strategische Weiterentwicklung der Cluster.

Grundlage der Arbeit des **Clustermanagements** bilden gemeinsam mit den Wirtschafts- und Sozialpartnern und den Branchenvertretungen erarbeitete Masterpläne mit operationalisierten Zielstellungen und Einzelmaßnahmen. Die **Masterpläne** stellen inhaltlich eine Weiterentwicklung der bereits für die BKF vorliegenden Branchenstrategien dar. Dabei gilt es auch, die bereits im Rahmen der Branchenstrategien ermittelten zentralen Innovationsthemen weiterzuentwickeln und zu konkretisieren. Die Masterpläne beinhalten daher auch eine Clusterstrategie für die jeweiligen Industriezweige und die Innovationsmöglichkeiten für die sektorspezifischen und zielgruppenspezifischen industriellen KMU.

Im Rahmen eines **Clustermonitorings** soll die Entwicklung der Cluster anhand von drei statistischen Kernindikatoren (Zahl der Betriebe, Umsatz, Beschäftigung) dokumentiert werden. Die einheitliche Erfassung vergleichbarer Indikatoren ermöglicht auch Vergleiche mit anderen Regionen und kann daher ein Element des Standortmarketings und der Verbesserung der überregionalen Wahrnehmung der Cluster sein. Ein clusterspezifisches Reporting ist Aufgabe des Clustermanagements.

Ferner ist einmal im Jahr die Veranstaltung einer **Clusterkonferenz** als Plattform für den Informationsaustausch des Clustermanagements mit den Vertretungen der Branche sowie mit den agierenden Personen der Wirtschaftsförderung, von Hochschulen und Forschungseinrichtungen sowie weiteren Intermediären zur Bestimmung des Status-quo in den Clustern und zur Abstimmung der weiteren Entwicklungsstrategie aus den Masterplänen geplant.

Verantwortlichkeiten:

B: Maßnahmenpeicher im Handlungsfeld Vernetzung, Cluster & Innovation

Maßnahmenbereiche B:

B1. Wissenstransfer

B2. Innovationsförderung

Maßnahmenbereich B 1: Wissenstransfer

Im Zuge der Clusterstrategie sowie der Gemeinsamen **Innovationsstrategie** mit Berlin gilt es, das bestehende **Transfersystem sukzessive weiterzuentwickeln** und dabei neben den Clustern auch die Querschnittsthemen zu berücksichtigen. Als ein wichtiges Instrument zum Aufschluss von Unternehmen für Forschung und Entwicklung haben sich die Brandenburger Innovationsgutscheine erwiesen, die über die Transferstellen bedarfsgerecht vermittelt werden.

Förderung der **Einführung von Innovationsmanagement bei KMU**. Ein zielorientiertes Innovationsmanagement ist Grundvoraussetzung für die erfolgreiche Umsetzung einer Idee in eine echte Innovation. Die tatsächliche Implementierung eines Innovationsmanagements bei KMU (d.h. innerbetriebliche Innovationsprozesse professionell zu planen, zu organisieren und abzuwickeln) sollte daher stärker in den Förderfokus gestellt werden. Hierzu kann das Instrument des Innovationsgutscheins des Bundes genutzt werden, der speziell für diesen Bedarf geschaffen wurde und seit Mai 2010 verfügbar ist.

Effizienz in der Förderberatung innovierender Unternehmen erhöhen. Den Mittelstand gilt es, aktiv und individuell auf konkrete, bisher ungenutzte Programme der Innovationsförderung von EU, Bund und Land hinzuweisen. Dazu sollte die existierende Beratungstätigkeit der ZAB, der LASA Brandenburg (über die Regionalbüros für Fachkräftesicherung) sowie der Kammern, der Kreise und Kommunen sowie der regionalen Wirtschaftsfördereinrichtungen intensiviert werden (Innovationsberatung/ -coaching), indem die bisher noch nicht erreichten KMU für Fördermöglichkeiten sensibilisiert und unternehmerische Innovationsaktivitäten auf eine größere Zielgruppe ausgeweitet werden.

Regionale Präsenz von Wissenschaft und Innovationsmöglichkeiten erhöhen. Ziel ist, Forschung und Entwicklung in die Region und die Betriebe zu holen, um mit gemeinsamer Projektarbeit, Gastvorlesungen, Sommerschulen, Seminaren unternehmerische Initiativen anzuregen und zu qualifizieren. Um auch in den hochschulfernen Regionen des Landes einen besseren Zugang zu wissenschaftlichen Angeboten zu schaffen, sollte die Entwicklung und Verstetigung neuer Bildungsangebote im akademischen Bereich sowie die Etablierung anwendungsorientierter Forschungsstrukturen und -kapazitäten für diese Regionen geprüft werden (nach dem Konzept der bestehenden Hochschul-Präsenzstellen bzw. dem Konzept „virtueller Häuser für Forschung und Entwicklung“) Ein Best-Practice-Beispiel hierfür ist das vom Netzwerk profil-metall initiierte Wissenszentrum CASA in Eisenhüttenstadt.

(Zeitlich befristeter) Personalaustausch zwischen Wissenschaftseinrichtungen und Wirtschaftsunternehmen. Indem Forschende aus der Wissenschaft und Entwickler aus größeren Unternehmen der Industrie mit geeigneten Betreuungskapazitäten befristet die Perspektive des jeweils anderen einnehmen, soll ein gegenseitiges Verständnis von Arbeitsabläufen und Bedarfen hergestellt werden. Zudem wird hierdurch auch die Geschwindigkeit des Wissensaustausches verbessert.

Bessere Verzahnung der Hochschulinfrastruktur mit der Wirtschaft. Die Aufgabe der Hochschulen in Brandenburg sich für Kooperation mit der Wirtschaft anzubieten, ist u.a. durch den Aufbau von Wissens- und Technologietransferstellen sowie einem ausgebauten Career-Service erfolgreich umgesetzt worden. Künftig wird es verstärkt darauf ankommen, auf Seiten der Wirtschaft eigene FuE-Tätigkeiten auszubauen und dabei die vorhandenen Strukturen auf Seiten der Hochschulen und wissenschaftlichen Einrichtungen zu nutzen. Maßnahmen der Verzahnung von Forschung und Lehre bestehen bspw. in der Zusammenführung von Bibliotheks-, Rechen- und Multimediadiensten sowie dem Angebot von digitalen Publikationsdiensten.

Maßnahmenbereich B 2: Innovationsförderung

Die **Brandenburger Innovationsgutscheine** vereinfachen den externen Zufluss von Wissen. Die in Brandenburg Anwendung findenden Innovationsgutscheine ermöglichen es KMU, Leistungen einer FuE-Einrichtung ohne aufwändiges Antrags- und Genehmigungsverfahren zu beanspruchen. Im Rahmen der bestehenden Richtlinie ist somit eine unkomplizierte Einstiegshilfe gegeben, eine Initialzündung für den Austausch zwischen Wirtschaft und Wissenschaft zu bewirken, d.h., letztlich für mehr Innovation in KMU zu sorgen. Neben der gegenwärtig in der Diskussion befindlichen Anhebung der Fördergrenzen sollten die bislang mit der Fördermaßnahme erfolgreich gesammelten Erfahrungen für eine breitere Nutzbarmachung des effizienten Förderanreizes sprechen. Durch eine Weiterentwicklung des Systems der FuE-Gutscheine und eine **Öffnung auch für nicht-universitäre Transferinstitutionen** könnte eine breitere Basiswirkung in den Zukunftsfeldern erfolgen. Beispielhaft sei hier auf die positiven Erfahrungen im Bereich der Designförderung des Landes Baden-Württemberg verwiesen.

Stärkere Akzentsetzung auf industrielle Fragestellungen im Zusammenhang mit der Vergabe des Innovationspreises Berlin-Brandenburg. Der renommierte Wirtschaftspreis wird von den Ländern Berlin und Brandenburg gemeinsam mit Wirtschaftsunternehmen der Hauptstadtregion als Public-Privat-Partnership vergeben. Ziel des Preises ist die Unterstützung von Unternehmen und Innovator(inn)en der Region Berlin Brandenburg. Er ist Würdigung herausragender Innovationen, zielt auf eine Vernetzung von Forschung, Entwicklung und Unternehmen und soll Innovationskraft und -fähigkeit stimulieren, insbesondere in den fünf Zukunftsfeldern: Biotechnologie/ Medizintechnik/ Pharma, Energietechnik, Informations- und Kommunikationstechnologien/ Medien, Optik sowie Verkehrssystemtechnik. Im Rahmen des Innovationspreises soll ein stärkerer Akzent auf anwendungsorientierte industrielle Innovationen gelegt werden. Dies kann mit entsprechenden Hinweise innerhalb der Wettbewerbsregularien oder auch durch einen **Sonderpreis Industrie** erfolgen.

Beteiligung an (inter-)nationalen Projekten und Ausschreibungen erhöhen. Mit Unterstützung durch Clustermanagements sowie die Branchennetzwerke könnten

Bieterkonsortien in der Region etabliert werden, die auch aus erfahrenen Antragstellenden mit entsprechender europäischer Reputation bestehen. Dazu müssten Ausschreibungen gesammelt, geeignete Projektteams aus brandenburgischen KMU sowie FuE-Einrichtungen zusammen gestellt und deren Angebotserstellung koordiniert werden.

Design ist ein wichtiger Erfolgsfaktor für unternehmerischen Erfolg, die Erhöhung der Produktqualität und die Gewinnung neuer Märkte insb. für KMU. Der zielgerichtete und systematische Einsatz von **Designmanagement in KMU** bietet die Möglichkeit ,unternehmerische Alleinstellungsmerkmale zu generieren und unternehmerischen Erfolg zu sichern. Im Rahmen eines gezielten Designmanagements sollen Optionen und Anwendungsfelder von Design im spezifischen Unternehmenskontext eruiert und profilbildende Projekte für eine stärkere Designorientierung im Unternehmensprofil, der Produktion sowie dem Absatz entwickelt werden. Geplant ist eine fördertechnische Unterstützung von Beratungsdienstleistungen sowie konkreten Designprojektierungen im Rahmen der Markterschließungsrichtlinie „M4“. Unterstützt wird dieser Prozess auch durch die Industrie- und Handels- sowie die Handwerkskammern des Landes Brandenburg.

5.3 Handlungsfeld: *Internationalisierung & produktbezogene Dienstleistungen*

Herausforderung

Die Internationalisierung bietet Unternehmen der brandenburgischen Industrie weitreichende Chancen. Für die meisten KMU ist der Weg ins Ausland trotz der daraus resultierenden Vorteile immer noch ein gewaltiger Schritt. Sie verfügen vielfach nicht über die notwendigen Ressourcen, das Know-how und die Kontakte, die ihnen geeignete Geschäftsmöglichkeiten, potenzielle Partnerinnen und Partner sowie die Einführung in ausländische Märkte verschaffen könnten.

Der fortschreitende europäische Integrationsprozess sowie die anhaltenden Schwierigkeiten im Rahmen der europäischen Schulden- und Währungskrise stellen auch Brandenburgische Industrieunternehmen vor große Herausforderungen. Hier gilt es für alle am Prozess Beteiligten frühzeitig Chancen und Risiken abzuwägen und ggfls. Entsprechende Unterstützungsmaßnahmen für Unternehmen und Industriebetriebe zu sondieren.

Einer Vielzahl der Industriebetriebe in Brandenburg gelingt es, ihr technologisches Know-how zielgerichtet einzusetzen, um Industrieprodukte von hoher Qualität herzustellen. Diese Industrieunternehmen sind heute zwar bereits erfolgreich auf Auslandsmärkten vertreten, können aber ihre Leistungspalette in erheblichem Umfang erweitern und dadurch mehr Absatz erreichen. Dies gilt besonders dann, wenn sie zusätzlich produktbezogene Dienstleistungen erbringen. Das Potenzial dazu liegt im Fachwissen, das Unternehmen über die von ihnen selbst hergestellten Produkte haben. Denn es bildet die Grundlage, nicht nur den Herstellungsprozess des Gutes zu übernehmen, sondern zusätzlich hierzu weitere Teile wie z.B. den „after-sales-Bereich“ als Markt für Dienstleistungen zu erschließen. Es kann davon ausgegangen werden, dass gerade der verstärkte Einsatz von produktbegleitenden Dienstleistungen es Unternehmen ermöglichen wird, eine höhere Wertschöpfung zu erzielen und international wettbewerbsfähiger zu werden.

Zielsetzung

Brandenburgische KMU müssen die Chance nutzen, durch stärkere Einbindung in die internationale Arbeitsteilung und mehr internationale Geschäftstätigkeit ihre Absatzbasis zu verbreitern, um durch noch stärkere Exporterfolge in Brandenburg Beschäftigung und Wohlstand zu sichern. Gerade KMU, die zum ersten Mal einen ausländischen Markt erschließen wollen, müssen unterstützt werden, da sie aufgrund fehlenden Know-hows und mangelnder Erfahrungen auf die Unterstützung von erfahrenen Experten und Expertinnen aus dem Bereich Management und Vertrieb angewiesen sind.

Weiter ist es erforderlich, dass Industrieunternehmen ihr Know-how aus der Herstellung von Industrieprodukten nutzen, um ergänzende Dienstleistungen zu entwickeln, die produktbegleitend und wissensintensiv sind.

Strategische Ziele:

- **Marktanteile** halten und in Ländern weiter steigern, in denen Brandenburg bisher schon wirtschaftlich stark ist.
- Neue attraktive **Wachstumsmärkte** für die brandenburgischen Unternehmen erschließen, um die Exportquote zu erhöhen.
- **Exportfähigkeit und Internationalisierung** der brandenburgischen KMU stärken, indem auf innovative exportorientierte Endprodukte gesetzt wird.

- Auf unternehmensindividueller Ebene durch Informationsbereitstellung, Beratung, **Kontaktanbahnung** etc. den Einstieg in das Exportgeschäft erleichtern.
- Mit dem Angebot von **Komplettlösungen aus Produkt und ergänzender Dienstleistung** sollten Industrieunternehmen einen breiteren Teil der Wertschöpfungskette abdecken und ihr eigenes Marktgebiet erweitern.
- Um **wissensintensive Dienstleistungen** identifizieren und einführen zu können, müssen Unternehmen entsprechende Tools des Wissens- und Innovationsmanagement etablieren.

Bisherige Aktivitäten

Das **Außenwirtschaftskonzept** wurde dahingehend angepasst, dass besonders die Branchenkompetenzfelder/ Cluster unterstützt werden, die Chancen der Internationalisierung zu nutzen. In Zusammenarbeit mit den Kammern, der ZAB und Unternehmensnetzwerken wurden attraktive Zielmärkte definiert und Maßnahmen entwickelt, die den spezifischen Besonderheiten der Unternehmen Rechnung tragen (mangelnde Erfahrung und Qualifikation vieler KMU, schwache Kapitalausstattung, kleinteilige Betriebsstruktur).

In Brandenburg besteht bereits eine Vielzahl von Programmen, in denen Außenwirtschaft gefördert werden. Zu nennen sind das „**Impuls-Programm**“ zur Förderung von Unternehmenskooperation und Netzwerkmanagement, die **Markterschließungsrichtlinie** (ehemals MER Teil B), die die Förderung von Gemeinschaftsprojekten wirtschaftsnaher Institutionen zur Markterschließung im gesamtwirtschaftlichen Interesse Brandenburgs regelt sowie die seit 20.02.2009 in Kraft getretene **Richtlinie „M⁴“** des Ministeriums für Wirtschaft. Gerade die Richtlinie M⁴ beinhaltet die Förderung einzelbetrieblicher Maßnahmen wie bspw. das innerbetriebliche Management, die Teilnahme an Messen und Ausstellungen sowie Maßnahmen zur Erschließung ausländischer Märkte und Marktauftritte. Hierzu werden Projekte für den Marktzugang und innovationsunterstützende Dienstleistungen gefördert. Gemeinsam mit Berlin fördert Brandenburg darüber hinaus im Bereich Außenwirtschaftsförderung eine Vielzahl von Aktivitäten (Arbeitsgemeinschaft Außenwirtschaft; jährliche Außenwirtschaftskonferenz; gemeinsame Informationsmedien). Die Mitgliedschaft der Wirtschaftsfördereinrichtungen der Länder Brandenburg und Berlin im Enterprise Europe Network der EU erlaubt die intensive Nutzung von Internationalisierungsmaßnahmen und -kontakten auf europäischer Ebene und darüber hinaus.

Einen grundsätzlichen Anknüpfungspunkt zur Entwicklung produktbegleitender Dienstleistungen gibt es in der Beratungsrichtlinie. Gefördert werden Beratungs- und Schulungsleistungen für Fach- und Führungskräfte für betriebliche Maßnahmen, zu allen wirtschaftlichen, technischen, finanziellen, personalwirtschaftlichen und organisatorischen Problemen der Unternehmensführung, die der Steigerung der Leistungskraft und der Wettbewerbsfähigkeit bestehender Unternehmen sowie der Existenzsicherung dienen.

Herausforderung:

Ein zentrales Ziel der Wirtschaftspolitik des Landes ist die Sicherung und der Ausbau der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der Hauptstadtregion. In einem globalisierten Wettbewerb zählen Exportfähigkeit und -orientierung in den Unternehmen zu den wichtigsten Voraussetzungen für eine langfristig erfolgreiche Entwicklung. Gerade für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) ist der Schritt in die Außenwirtschaft und die Erschließung neuer, internationaler Absatz- und Beschaffungsmärkte eine große Chance - zugleich aber auch eine besondere Herausforderung, denn die Hürden sind für kleine und mittelständische Unternehmen strukturell sehr hoch.

Zielstellung:

Die Außenwirtschaftsförderung soll diese strukturellen Nachteile ausgleichen helfen und internationale Kooperationen befördern. Dabei ist auch die Kooperation mit anderen Unternehmen eine wichtige Hilfe bei den ersten Schritten auf internationalem Parkett. Insbesondere die Unternehmensnetzwerke bzw. Cluster sind ein wichtiges Instrument, um die Kooperation unter den Unternehmen zu fördern. Die Internationalisierung der Netzwerke/ Cluster ist daher auch ein wichtiger Teil der Förderstrategie im Außenwirtschaftsbereich. Daher wurde in der Gemeinsamen Innovationsstrategie als zentrale Aufgabe der Clusterstrukturen festgehalten, die internationale Vernetzung zu fördern und sich mit eigenen Aktivitäten an internationalen Wachstumsmärkten auszurichten.

Beschreibung der Maßnahme:

Die Internationalisierung der Cluster ist ein Schwerpunkt im Rahmen der gemeinsamen Innovationsstrategie Berlin-Brandenburg. Im Prozess der sogenannten „Strategiedialoge Internationalisierung“ wird in den Clustern eine Analyse von Status, Zielstellungen und Bedarfen beim Thema Internationalisierung durchgeführt. Ihre Auswertungen sollen den Clustern als Grundlage der weiteren strategischen Entwicklung der Internationalisierungsaktivitäten und ihrer operativen Umsetzung im Rahmen einer verbesserten Zusammenarbeit in der Region dienen.

Zur Umsetzung steht den Clustern bzw. den einzelnen Unternehmen im Rahmen der Außenwirtschaftsförderung dabei insbesondere die Richtlinie „M4“ zur Verfügung. Die „M4“ beinhaltet die Förderung einzelbetrieblicher Maßnahmen im Bereich des innerbetrieblichen Managements, Teilnahmen an Messen und Ausstellungen sowie Maßnahmen im Ausland zur Vorbereitung des Marktauftritts auf einem neuen Markt und allgemeine Markterschließungsstrategien.

Des Weiteren werden den Clustern durch Land, ZAB und Kammern jeweils spezifische und bedarfsgerechte Instrumente der Außenwirtschaftsförderung zur Verfügung gestellt. Im Jahr 2012 sind das beispielsweise:

- Unternehmerreisen mit politischer Begleitung u.a. nach Israel, Indonesien, Finnland, Norwegen, in die Türkei und nach Frankreich;
- Messegemeinschaftsstände auf internationalen Leitmesse im Inland (wie CeBIT, Hannover Messe Industrie, Laser Optics Berlin, ILA Berlin Air Show, INNOTRANS Berlin) und im Ausland (Arab Health Dubai, BIO Boston oder ITM Polska Poznan);
- Informationsveranstaltungen insbesondere des Enterprise Europe Network zu Themen rund um den Marktzugang im Ausland (z.B.: Erneuerbare Energien in Polen, Länderseminare Israel, Indonesien, Süd-Afrika) oder Fortbildungen (Antragstellung für EU-Programme, Studienseminar Internationales Innovationsmanagement, EU-Außenhilfen, 4. Technology Forum Invitro-Diagnostics u.a.).

Neue Methoden der Internationalisierung, wie sie im Maßnahmenpeicher dieses Aktionsplanes vorgeschlagen werden, wie etwa

- die Initiierung von gemeinsamen Vertretungen von Unternehmen im Ausland,
- die Unterstützung von Unternehmen bei der Entwicklung von exportfähigen produktbegleitenden Dienstleistungen,

werden entwickelt und möglichst noch im Jahr 2012 begonnen.

Verantwortlichkeiten:

Ministerium für Wirtschaft und Europaangelegenheiten, ZAB

C: Maßnahmenpeicher im Handlungsfeld Internationalisierung & produktbezogene Dienstleistungen

Maßnahmenbereiche C:

C1. Kontaktvermittlung für Industrieunternehmen im Ausland

C2. Kooperationen des Mittelstandes, Internationalisierungs-Coaching

C2. Finanzierungsfragen und Dienstleistungsorientierung

Maßnahmenbereich C1: [Kontaktvermittlung für Industrieunternehmen im Ausland](#)

Vermittlung von Auslandskontakten. Maßnahmen zur gemeinsamen Vertretung von Unternehmen im Ausland fördern. ZAB, Kammern, Branchennetzwerke helfen verstärkt, für KMU Kontakte ins Ausland anzubahnen. Grundlage hierfür sind spezifische Zielland- und Kooperationsanalysen für Auslandskontakte von Unternehmen und unternehmensspezifische Exportmärkte.

Informationsleistungen/-kampagnen zum Thema Internationalisierung. Ausbau von internationalen Tagungen und Foren, um KMU den Start auf neuen Märkten zu erleichtern. Unternehmen auf die Zusammenstellung wichtiger Links zum Thema Exportwirtschaft hinweisen und zu deren verstärkter Nutzung auffordern (z.B. GTAI-Länder- und Branchenprofile www.gtai.de, BDI Exportdatenbank, Germany Trade and Invest, Exportinitiative Energieeffizienz, Ländervereine, Außenhandelskammern, Ländereinschätzungen von Banken). Dies gilt insbesondere für das offizielle Außenwirtschaftsportal (www.ixpos.de), in das sämtliche Bundesländer und Beteiligte der Außenwirtschaft bundesweit ihre Informationen und Angebote einspeisen und das brandenburgische Außenwirtschaftsportal www.bb-export.de. Ausbau bestehender Informationsangebote um spezifische Brandenburgthemen wie z.B. Attraktivitätsbewertung von Auslandsmärkten aus Sicht der brandenburgischen Wirtschaft.

Maßnahmenbereich C2: Kooperation des Mittelstandes, Internationalisierungs-Coaching

Erstellung von Angebotsprofilen für den internationalen Markt und Initiierung weiterer Bieterkonsortien. Durch den Zusammenschluss von Unternehmen, die gemeinsam ihre Angebotsprofile präsentieren, werden Möglichkeiten auf Auslandsmärkten geschaffen (Vorbild „Automobil-Zuliefertag“, ACOD, Zuliefermesse Z). Bieterkonsortien helfen den kleinen und mittleren Unternehmen, ihren Abnehmerinnen und Abnehmern gegenüber wie Großunternehmen auftreten zu können. Die ZAB sowie die Branchennetzwerke können dabei unterstützen, die Zusammensetzung der Konsortien zu gestalten und bei der Auswahl von zukünftigen (Groß-) Kunden und Kundinnen zu helfen.

Passgenaue individuelle Begleitung (Internationalisierungs-Coaching). Passgenaue Beratungsleistungen bei Strategieerstellung, Planung eines Marktauftritts im Ausland und individuelle Begleitung (Coaching). In Erweiterung zur bereits bestehenden Richtlinie M⁴ des brandenburgischen Ministeriums für Wirtschaft sollte das individualisierte Internationalisierungs-Coaching einen Beitrag leisten, um unternehmerische Organisationsstrukturen an Veränderungen anzupassen, die sich mit der bereits erfolgten Erschließung von neuen Absatzmärkten im Ausland ergeben haben. Denn die Bearbeitung internationaler Märkte verändert die Anforderungen an unternehmensinterne Prozessabläufe, deren Analyse und Neugestaltung mit Hilfe eines individuellen Coaches umgesetzt werden könnten. Internationalisierungsfragen im Unternehmen können dabei auch im Zusammenhang mit bestehenden FuE-Fördermöglichkeiten behandelt werden. Ein in dieser Form individualisiertes Internationalisierungs-Coaching sollte in der Verantwortung der Kammern sowie der ZAB und weitere Institutionen erfolgen.

Kontakttreffen/-börsen und Investitionsforen sollen Unternehmen die Möglichkeit bieten, potentiell Interessierten ihre Produkte/ Geschäftsideen in einer Präsentation von ca. 15-20 Minuten individuell vorzustellen (Kooperationsbörsen).

Maßnahmenbereich C3: Finanzierungsfragen und Dienstleistungsorientierung

Öffentlichkeits- und Kommunikationsmaßnahmen sind nicht nur wichtige Marketinginstrumente für die Dienstleistungsintegration bei Industrieunternehmen, sondern auch und vor allem bedeutende Instrumente zur Bekanntmachung bestehender Aktivitäten, Projekte, Fördermöglichkeiten, Rahmenbedingungen und Anforderungen. Um entsprechende Informationen zu verbreiten, ist eine Informations- und Austauschplattform zu entwickeln.

Finanzierung von Beratungsleistungen. Damit Industrieunternehmen die Fähigkeiten entwickeln, wie sie die für sie neuartigen Dienstleistungsprozesse managen können und entsprechende Geschäftsmodelle entwickeln müssen, benötigen sie professionelle Unterstützung. Das Land sollte entsprechende externe Beratungsleistungen verstärkt fördern. Anknüpfungspunkte hierfür bestehen vor allem bei der GRW-/M4-Richtlinie.

Modellprojekte für „hybride Produkte“ darstellen und kommunizieren. Kunden und Kundinnen verlangen Problemlösungen, bei denen neben der Lieferung einer Maschine auch die damit verbundenen Dienstleistungen enthalten sind wie z.B. Planung, Finanzierung, Inbetriebnahme, Instandhaltung sowie Wartung. Durch einen

Best-Practice Wettbewerb, und entsprechende Kommunikationsmaßnahmen von Modellprojekten bei denen Unternehmen Dienstleistungsintegration mittels derartiger Kooperation umsetzen, kann das Land dazu beitragen, dass Industrieunternehmen für die Entwicklung von „hybriden Produktangeboten“ neue Methoden des Projektmanagements erarbeiten.

Unterstützung bei der Entwicklung von Methoden und Werkzeugen zur Entwicklung neuer wissensintensiver Dienstleistungen (Dienstleistungsinnovation) – das so genannte Service Engineering und Design. Um Dienstleistungen effizienter zu konzipieren und zu entwickeln, können Methoden und Werkzeuge zum Aufbau eines Dienstleistungsportfolios verstärkt gefördert werden. Darüber hinaus brauchen Industrieunternehmen Prozesse der Marktintegration und -interaktion bei der Dienstleistungsentwicklung. Dabei steht die Mitwirkung der Kunden und Kundinnen in der Dienstleistungsentwicklung im Vordergrund. Es ist zu prüfen, ob eine entsprechende Initiative für produktbegleitende Dienstleistungen über die Richtlinien GRW-/M4 Unternehmen einen Anreiz und Unterstützung bieten kann, um sich intensiver mit diesen Themen auseinanderzusetzen.

5.4 Handlungsfeld: Fachkräfteentwicklung & Qualifizierung

Herausforderung	<p>Unternehmen und ihre Beschäftigten benötigen technologische Lösungskompetenz. Diese stellt die Grundlage dar, um das im Verarbeitenden Gewerbe erforderliche Fertigungs-Know-how zu etablieren, welches zur Herstellung hochwertiger Industrieprodukte befähigt. Da Know-how zu einem großen Teil personengebunden ist, sind zum Wissensaufbau zunächst die Ausbildungsaktivitäten von Universitäten, Fach- und Berufsschulen sowie Unternehmen entscheidend. Denn gerade im naturwissenschaftlich-technischen Bereich legen diese Bildungseinrichtungen den Grundstock für die Kompetenz zur Lösung technologischer Probleme.</p> <p>In Brandenburg besteht die Gefahr, dass Unternehmen keine geeigneten Fachkräfte finden oder diese nicht halten können - so dass sie das erforderliche Fachwissen wieder verlieren und sich in der Konsequenz nicht am Markt durchsetzen können.</p>
Zielsetzung	<p>Die Wirtschaft sowie die Landesregierung Brandenburg müssen effektiv die Herausforderung angehen, eine hochwertige Wissensbasis bei Industrieunternehmen und deren Beschäftigten zu sichern. Erst der beständige Auf- und Ausbau von Qualifikationen bei Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern erlaubt es Unternehmen, sich mit technologieintensiven Produkten erfolgreich auf dem Markt zu behaupten. Dazu müssen Unternehmen auf eine ausreichende Anzahl gut qualifizierter Fachkräfte zugreifen können und Anreize schaffen, diese im Unternehmen zu halten. Übergeordnetes Ziel von Maßnahmen der Fachkräfteentwicklung muss es daher sein, gut qualifizierte Menschen in der Region zu halten und für die Region zu gewinnen. Die Erhöhung der Quote der ausbildenden Betriebe, umfangreiche und praxisbetonte Angebote der Berufsausbildung sowie eine Verstärkung von Maßnahmen der Vereinbarkeit von Beruf und Familie sind hierbei von besonderer Bedeutung.</p> <p>Strategische Ziele:</p> <ul style="list-style-type: none">• Nachwuchssicherung durch die Bereitstellung von betrieblichen Ausbildungsplätzen und die Sicherung hinreichender Studienkapazitäten.• In Gesellschaft und Industrie muss sich Lebenslanges Lernen nachhaltig etablieren, so dass Industriebetriebe und ihre Beschäftigten kontinuierlich in Weiterbildung investieren.• In Brandenburg müssen Fachkräfte in der Region gehalten werden. Dies erfordert nicht nur eine Identifikation vor allem von jungen Leuten mit der Industrie, dem eigenen Unternehmen und der Region sondern auch attraktive Arbeitsbedingungen mit Perspektiven.
Bisherige Aktivitäten	<p>Die Maßnahmen der Landesregierung, von Netzwerken und mit dem Thema Fachkräftesicherung befassten Institutionen (wie z.B. die LASA Brandenburg GmbH, die Bundesagentur für Arbeit und die ZAB), sind in diesem Bereich sehr vielfältig. Beispielhaft zu nennen sind:</p> <ul style="list-style-type: none">• Programm zur qualifizierten Ausbildung im Verbundsystem (Ausbildungsrichtlinie-PAV) zur Stärkung der (klein-)betrieblichen Ausbildungsbereitschaft,• Förderung der Kompetenzentwicklung in KMU und der arbeitsplatzunabhängigen beruflichen Weiterbildung mit dem Bildungsscheck Brandenburg,

- Projekt „Weiterbildung Brandenburg/Weiterbildungsdatenbank“. Das gemeinsame Suchportal der Weiterbildungsdatenbank Berlin-Brandenburg sowie das Informations- und Beratungsangebot des Projektes Weiterbildung Brandenburg schaffen Transparenz am Weiterbildungsmarkt,
- Projekt „Regionalbüros für Fachkräftesicherung“. Diese bei der LASA Brandenburg angesiedelten Regionalbüros beraten hier Industrie- und KMU-Betriebe, Schwerpunktbranchen oder Regionen aktiv zu Fragestellungen im Zusammenhang mit dem Thema Fachkräftesicherung. Es werden regionalspezifische Informationen zur Verfügung gestellt oder auch Orientierungsberatungen zur strategischen Personalentwicklung durchgeführt,
- Mit dem Servicepaket für Investitionswillige unterstützen ZAB, LASA Brandenburg und die Regionaldirektion der BA gezielt Unternehmen zur Frage qualifizierter Fachkräfte im Rahmen von(Erweiterungs-)Investitionen. Brandenburg ist damit für Investitionen entsprechend modern und attraktiv aufgestellt.

Zudem etablieren verschiedene Initiativen Anknüpfungspunkte, um Schülerinnen und Schüler für eine spätere Berufstätigkeit in Industrieunternehmen zu gewinnen. Zu nennen ist bspw. die Kombination aus der Vermittlung von Lernstoff in Praxisprojekten, die von potenziellen Arbeitgebern aus der Region begleitet werden. Ebenso sensibilisieren im Rahmen der schulischen Ausbildung Projekte wie z.B. der „Berufswahlpass“ oder die „Initiative Oberschulen“ (IOS) für eine **stärkere Berufs- und Studienorientierung** des schulischen Unterrichts. Frühzeitig wird bei diesen Initiativen im Rahmen des Unterrichts mit Schülerinnen und Schülern besprochen, welche Aufgabenbereiche und Qualifikationsanforderungen in verschiedenen Berufsbildern bestehen.

Im Rahmen des **Bündnisses für Fachkräftesicherung** hat die Landesregierung ferner mit einer breiten Partnerstruktur eine ganze Reihe von Maßnahmen ergriffen, die es zu verstetigen und auszubauen gilt. Diese Maßnahmen werden in einer interministeriellen Arbeitsgruppe koordiniert. Zu den Handlungsfeldern gehören:

- Berufsorientierung und Abschlussfähigkeit für nachfolgendes Lernen verbessern,
- Erstausbildung quantitativ und qualitativ ausbauen,
- Kompetenzentwicklung in den Betrieben und Qualifizierung der Beschäftigten fördern,
- Mit bedarfsgerechter Qualifizierung die Chancen Arbeitsloser verbessern,
- Zusammenarbeit und Transfer zwischen Wissenschaft und Wirtschaft verbessern,
- Existenzgründung fördern und
- Entwicklung und Strukturen zur Unterstützung der Fachkräftesicherung.

Herausforderung:

Die mittel- und langfristige Fachkräftesicherung und -entwicklung ist auch im Land Brandenburg eine der zentralen Herausforderungen. Die im Februar 2010 veröffentlichte Gemeinsame Fachkräftestudie Berlin-Brandenburg zeigt auf, dass bis zum Jahre 2030 ca. eine halbe Million Arbeitsplätze nicht besetzt werden können, wenn keine geeigneten Maßnahmen eingeleitet werden, um den in den Prognosen aufgezeigten Bedarfe entgegensteuern. Eine effiziente Fachkräftestrategie hat die finanziellen, gesellschaftlichen sowie sozialen Rahmenbedingungen, Eigenbeiträge von Wirtschaft und Beschäftigten, die Verantwortlichkeiten aller Mitwirkenden und die Moderatorenrolle der Landesregierung angesichts eines enger werdenden Finanzspielraumes zu berücksichtigen.

Zielstellung:

Um Sorge dafür zu tragen, dass Fachkräftebedarfe auch zukünftig gedeckt werden können gilt es, Berufsorientierung und Anschlussfähigkeit für nachfolgendes Lernen zu verbessern, die Studierneigung zu erhöhen, die Erstausbildung quantitativ und qualitativ auszubauen, die Kompetenzentwicklung in den Betrieben und die Weiterbildung der Beschäftigten zu fördern sowie die Zusammenarbeit und den Transfer zwischen Wissenschaft und Wirtschaft zu verbessern. Erforderlich sind ferner Maßnahmen zur Entwicklung von Instrumenten und Strukturen zur Unterstützung der Fachkräftesicherung und -entwicklung.

Beschreibung der Maßnahme:

Zunächst wird es darauf ankommen, dass Unternehmen eigeninitiativ zur Sicherung des Fachkräftenachwuchses ihr Ausbildungsengagement erhöhen (Fachkräfte bilden). Im Bereich der Berufsausbildung werden insbesondere kleine und ausbildungsschwache Betriebe durch die **gezielte Förderung des Landes von Verbundlösungen** unterstützt. Dabei gilt es aktuell, die Förderung auf die strukturellen Veränderungen des Ausbildungsmarktes einzustellen und vor allem Passungs- und Findungsprobleme zu lösen. Fachkräftebildung fängt in der Schule an. **Kooperationsprojekte zwischen Wirtschaft und Schule** bieten die Möglichkeit, frühzeitig auch für Naturwissenschaften, Technologie und industriennahe Themen zu sensibilisieren.

Für Unternehmen werden weiterhin Anstrengungen im Bereich der beruflichen Weiterbildung entscheidend sein, um Fachkräfte zu entwickeln, konkurrenzfähig am Markt zu bleiben und durch Weiterbildung entsprechende Perspektiven zu schaffen, um Fachkräfte auch zu binden. Im Bereich der beruflichen Weiterbildung soll zukünftig eine **gemeinsame Richtlinie** die bisherigen Förderungen bündeln, die Verfahren damit sowohl für die betriebliche Weiterbildung als auch arbeitgeberunabhängig für die Brandenburger Beschäftigten vereinfachen und übersichtlicher gestalten und somit verstärkt Anreize für regelmäßiges lebenslanges Lernen gesetzt werden. Auch die Potentiale von Studium und akademischer Weiterbildung gilt es besser auszuschöpfen und dazu die guten Rahmenbedingungen des Brandenburgischen Hochschulgesetzes zu nutzen. Mehr Durchlässigkeit zwischen den Bildungssystemen ist ein Bindeglied zwischen Wissenschaft und Wirtschaft und damit Wegbereiter für innovatives Wachstum.

Daneben wird auch den weichen Standortfaktoren, u.a. infrastrukturellen Bedingungen, auch für eine bessere Vereinbarkeit von Familie/Pflege und Beruf eine immer zentralere Bedeutung zukommen, um Fachkräfte zu sichern (Fachkräfte halten). Hier bedarf es zum Teil auch regionaler Unterstützungsangebote für Unternehmen.

Nicht zuletzt wird es darum gehen, Fachkräfte von den Vorzügen des Lebens in der Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg zu überzeugen, regionale Unternehmen besser bekannt zu machen und entsprechende Chancen aufzuzeigen, auch ein gutes Lohnniveau zählt dazu (Fachkräfte gewinnen). Dazu soll bei der LASA Brandenburg GmbH ein **Portal für Zuwanderung, Rückkehr und Integration** - abgestimmt zu den bereits bestehenden Strukturen zur Fachkräftesicherung und -entwicklung (Projekt „Regionalbüros für Fachkräftesicherung“, Fachkräfteinformationssystem) - aufgebaut werden, welches mehr Transparenz und Information ermöglicht.

Verantwortlichkeiten:

Ministerium für Arbeit, Soziales, Frauen und Familie, Ressorts der IMAG Fachkräftesicherung, LASA Brandenburg GmbH

D: Maßnahmenpeicher im Handlungsfeld Fachkräfteentwicklung & Qualifizierung

Maßnahmenbereiche D:

- D1. Qualifikation bei vorhandenen Fachkräften erhöhen
- D2. Den zukünftigen Bedarf an Fachkräften decken
- D3. Vorhandene Fachkräfte und Nachwuchs stärker an den Standort Brandenburg binden

Maßnahmenbereich D1: Qualifikation bei vorhandenen Fachkräften erhöhen

Eine neue Kultur der Weiterbildung. Um durch betriebliche Innovationen wettbewerbsfähig zu bleiben, ist die kontinuierliche Entwicklung des Fachkräftepotenzials Voraussetzung. Dies setzt eine veränderte Weiterbildungskultur in den Unternehmen und bei den Beschäftigten voraus. Zu diesem Ergebnis kommt auch die **Berlin-Brandenburger Fachkräftestudie von 2010**, die berufliche Weiterbildung als Querschnittsaufgabe zur Fachkräftesicherung ausweist. Die Unternehmen stehen in der Verantwortung, die strategische Personalplanung und -entwicklung noch stärker in den Fokus ihrer Aktivitäten zu rücken. Daneben gilt es hinreichende Studienkapazitäten vorzuhalten.

Das MASF wird auch zukünftig mit den bestehenden Programmen bzw. perspektivisch in einem **neuen Weiterbildungsprogramm** die Kompetenzentwicklung in Unternehmen unterstützen. Es ist beabsichtigt, in dieses Programm den Bildungsscheck Brandenburg zu integrieren, mit dem individuell und arbeitgeberunabhängig **Qualifizierungsmaßnahmen** für sozialversicherungspflichtige Beschäftigte gefördert werden.

Erhöhung der Durchlässigkeit von der beruflichen in die akademische Bildung. Mit dem neuen Brandenburgischen Hochschulgesetz wurden die Voraussetzungen geschaffen, auch über berufliche Qualifizierungswege ein Hochschulstudium aufnehmen zu können. Eine Eignungsprüfung ist kaum noch erforderlich; Voraussetzung ist i.d.R. ein geeigneter Meisterabschluss oder ein Abschluss der Sekundarstufe I und eine geeignete abgeschlossene Berufsausbildung mit anschließender mindestens zweijähriger Berufstätigkeit. Das MASF erprobt derzeit mit der **INNOPUNKT-Initiative „Mehr Durchlässigkeit in der Berufsbildung – Brandenburg in Europa“** Wege zur praktischen Umsetzung von mehr Durchlässigkeit zwischen der beruflichen und der akademischen Bildung. Hierzu gehören z.B. verschiedene Modelle der Anerkennung von beruflichen Kompetenzen im Studium. UVB, VME und DGB sind hier mit dem Programm SPES („Strengthen the Permiability of the Educational System“) beteiligt, u.a. um die Akzeptanz und Bekanntheit dieser Möglichkeiten bei Sozialpartnern und Unternehmen zu erhöhen.

Die Zahl der Studierenden, die den Hochschulzugang über ihre berufliche Qualifikation erlangt haben, ist seit der Erleichterung der hochschulgesetzlichen Voraussetzungen Ende des Jahres 2008 erhöht, jedoch nach wie vor marginal. Die Hochschulen bemühen sich auf vielfältige Weise, zur Steigerung der **Durchlässigkeit zwischen beruflicher und hochschulischer Bildung** beizutragen. Diesbezügliche Maßnahmen befinden sich derzeit vielfach im Aufbau und sind auch in den Zielvereinbarungen 2010-2012 mit den Hochschulen festgeschrieben. Auch die bereits laufende INNOPUNKT-Initiative „Mehr Durchlässigkeit in der Berufsbildung – Brandenburg in Europa“ setzt hier an.

Hervorzuheben sind auch die **Präsenzstellen** verschiedener Hochschulen (Hennigsdorf, Pritzwalk, Schwedt/Oder und Eisenhüttenstadt). Sie sind Ansprechperson der Hochschulen vor Ort, bauen Hemmschwellen bei kleineren und mittleren Unternehmen und Studieninteressierten ab, die Angebote der Hochschulen zu nutzen und organisieren Studienangebote in Form von Fernstudiengängen vor Ort. Diese gelungenen Projekte gilt es zu verstetigen und ihre Übertragbarkeit auf weitere Regionen und industrielle Schwerpunktstandorte zu prüfen.

Maßnahmenbereich D2: Den zukünftigen Bedarf an Fachkräften decken

Nachwuchs- und Fachkräftesicherung durch das Programm zur qualifizierten Ausbildung im Verbundsystem. Ziel der Programme des MASF ist es u.a., die Zahl der Ausbildungsbetriebe zu erhöhen. 54 % aller brandenburgischen Betriebe sind ausbildungsberechtigt, aber nur 23 % der Betriebe bilden auch aus. Die aktuelle Entwicklung am Ausbildungsmarkt ist nicht mehr nur durch einen grundlegenden Mangel an Ausbildungsplätzen gekennzeichnet, sondern auch durch regionale und sektorale Disparitäten. Dennoch stehen auch aktuell nicht ausreichend betriebliche Ausbildungsplätze für alle Bewerberinnen und Bewerber zur Verfügung. Zur Sicherung des Fachkräftenachwuchses müssen Verbünde zwischen Unternehmen und zwischen Unternehmen und Bildungsanbietern genutzt werden, um Ausbildungspotenziale zu erschließen und Nachwuchsfachkräftesicherung bei KMU zu unterstützen. Dadurch kann auch die Ausbildungsqualität verbessert werden. Dem aus den strukturellen Problemen am Ausbildungsmarkt resultierenden Findungs- und Passungsproblem kann u.a. durch die Weiterentwicklung von (spezifischen) Verbänden begegnet werden. Externes Ausbildungsmanagement hilft bei der Findung geeigneter Ausbildungsbewerber/innen und begleitet Ausbildungsbetriebe und Auszubildende, um gute Ausbildungserfolge zu sichern. Besonderes Engagement bei der betrieblichen Ausbildung wird im Rahmen des Brandenburgischen Ausbildungspreises ausgezeichnet.

Ausbildungsplatz- und Fachkräftebörsen. Gemeinsam mit den regionalen IHK'n sowie den Branchennetzwerken veranstalten die Beteiligten Ausbildungs- und Jobbörsen/messen zur Information und Rekrutierung geeigneter Fach- und Nachwuchskräfte in der Industrie. Regionale Kooperationen von Unternehmen in Bewerbungsprozessen werden dabei unterstützt. Das Einverständnis von Bewerbern vorausgesetzt, leiten sich Unternehmen Bewerbungsunterlagen gegenseitig weiter und halten somit geeignete Fachkräfte innerhalb der Region.

Familienfreundliche Maßnahmen in Unternehmen erhöhen. Die Verbesserung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie ist ein wichtiger Baustein in der Arbeitspolitik des Landes Brandenburg. Die Kinderbetreuung ist in Brandenburg gut: es gibt ein flächendeckendes und nahezu Bedarf deckendes Netz an Angeboten auch bei unter Dreijährigen. Verbesserungsmöglichkeiten gibt es insbesondere bei der Qualität der Angebote und der Abdeckung von Randzeiten. Für lokale Kooperationen zur Stärkung des Faktors „Familienfreundlichkeit“ gibt es in Brandenburg bereits 50 „**Lokale Bündnisse für Familie**“. Wünschenswert ist es, dass insbesondere Unternehmen noch stärker an diesen lokalen Bündnissen partizipieren. Ferner wird die Vereinbarkeit von Familie und Beruf in Zukunft bei der Suche nach Fachkräften noch stärker in den Fokus rücken. Im Hinblick auf die Arbeitszeiten sind die Bedingungen in den Unternehmen noch nicht ausreichend auf die Bedürfnisse von Eltern und Kinder ausgerichtet. Entwicklungsfähig ist auch noch das Bewusstsein, dass zunehmend mehr Beschäftigte sich um pflegebedürftige Angehörige kümmern müssen. Von Seiten der Landesregierung Brandenburg fördert das MASF derzeit die Unterstützung von Unternehmen und Beschäftigten zu einer gelungenen Überbrückung von Zeiten des Mutterschutzes und der Elternzeit, u.a. mit der „**Servicestelle Arbeitswelt und Elternzeit**“ sowie auf die Vereinbarkeit von Pflege und Beruf.

Um Auswirkungen des demografischen Wandels zu mildern werden Maßnahmen zur frühzeitigen Bindung von Studierenden an Unternehmen und die Region und zur frühzeitigen Berufsorientierung von Schülern und Schülerinnen und der Modernisierung sowie die Weiterentwicklung **überbetrieblicher Aus- und Weiterbildungseinrichtungen** umgesetzt. Den GRW-geförderten Netzwerken kommt dabei eine besondere Bedeutung zu.

Aktualisierung des Lehrangebotes und Stärkung der Drittmittelfähigkeit der Hochschulen. Brandenburg muss seine starke Position in technischen Studiengängen aufrecht erhalten. Hierbei ist der regionale Fachkräftebedarf zu berücksichtigen. Es gilt, die **Ausbildungskapazität in MINT-Studiengängen** zu erhöhen. Hieran zu beteiligen sind insbesondere Hochschulen, Industrieunternehmen und Wissenschaftseinrichtungen. Zudem gilt es, mehr Drittmittel in MINT-Fächern zu akquirieren.

Frühkindliche Sensibilisierung für industrierelevante Themen. Um „zukünftige“ Fachkräfte bereits frühzeitig für Naturwissenschaften, Technologie und industrielle Fragestellungen zu interessieren, können u.a. auch in (frühkindlichen) Bildungseinrichtungen entsprechende Lerninhalte vermittelt und Kooperationsprojekte mit der Wirtschaft etabliert werden. Hierzu sollte das pädagogische Personal entsprechende sensibilisiert und qualifiziert werden. Es sind spezifische Unterrichtsmodule und Patenschaften denkbar.

Kreativität und Mitgestaltung. In Ostbrandenburg bestehen zwei **Betriebsrätenetze** (Eisenhüttenstadt, Prenzlau), in Südbrandenburg eine entsprechende Betriebsräteinitiative. Deren Ideen insbesondere in den Bereichen Fachkräfteinitiativen und betriebliche Innovationen (technisch und sozial) sollten stärker als bisher, in den direkten Austausch mit den regionalen Unternehmensnetzwerken und mit eigenen Projekten und Maßnahmen eingebunden werden.

Maßnahmenbereich D3: **Vorhandene Fachkräfte und Nachwuchs stärker an den Standort Brandenburg binden**

Initiative in MINT-Studiengängen¹ zu frühem Praxisbezug in der Region. Durch Praktika, Semester- und Abschlussarbeiten von Studierenden in brandenburgischen Unternehmen werden Anknüpfungspunkte geschaffen, um Fachkräfte aus MINT-Fächern mit potenziellen Arbeitgebern in Kontakt zu bringen. Dies erleichtert die Bewerbung, wenn qualifizierte Arbeitskräfte nach Abschluss ihres Studiums bzw. ihrer Ausbildung ein festes Beschäftigungsverhältnis bei einem ihnen bereits bekannten Unternehmen in der Region suchen.

Maßnahmen der IHK'en, der Verbände und der Industrieunternehmen im Bereich Schule/Hochschule: Fortbildung von Lehrkräften im Bereich Mathematik und Naturwissenschaften an Grundschulen, Gymnasien und Hochschulen zur Vermittlung und Realisierung praxisorientierter Projekte sowie Unterrichtsmodule für Schülerinnen und Schüler. Übernahme von Patenschaften durch Industrieunternehmen. Installierung von Netzwerken im Bereich Schule/Hochschule & Industrie und Aufbau von Kooperationen zwischen der Sekundarstufe und entsprechenden Unternehmen zur verbesserten Arbeits- und Berufsweltorientierung. Unternehmensbesuche, Praxisprojekte.

¹ MINT: Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften, Technik

5.5 Handlungsfeld: Standortkommunikation (Image & Marketing)

Herausforderung	<p>Brandenburg ist ein Land mit langer industrieller Tradition. Gleichzeitig bestätigen die Erfahrungen insb. ausländischer Investoren, dass die Bevölkerung des Landes grundsätzlich eine hohe Affinität zu industrieller Produktion in der Region aufweist. Die Industrie vermag einen großen Beitrag zur Sicherung des Wohlstands zu leisten: So schaffen Industrieunternehmen Beschäftigung und Wachstum, bilden die Voraussetzung für viele Dienstleistungsunternehmen und sichern so auch die individuelle Lebensqualität jedes Einzelnen. Positive Industrieentwicklung setzt zweierlei Art von Unterstützung voraus: Zum einen die materielle wie immaterielle Flankierung durch die Politik; zum anderen die Akzeptanz durch eine breite Bevölkerungsmehrheit. Diese kann erreicht werden, wenn herausgestellt wird, dass Industriebetriebe einen relevanten Beitrag dazu leisten, Beschäftigung, Wachstum und Wohlstand zu sichern.</p>
Zielsetzung	<p>Industrieunternehmen und Investitionswillige sollen Brandenburg als industriefreundlich wahrnehmen. Aus Sicht überregionaler Entscheidungsträger müssen politisch Agierende und Behörden engagiert sein; Industriebetriebe und Ansiedlungswillige sollen sich willkommen fühlen. Auch in der Bevölkerung muss Industrie als Garant für Wohlstand erkannt werden und zu einer unterstützenden Einstellung für Industriebetriebe führen. Es gilt, ein modernes Bild von Industrie zu schaffen und ihre wirtschaftliche Bedeutung herausstellen.</p> <p>Strategische Ziele:</p> <ul style="list-style-type: none">• Modernes Bild von Industrie schaffen und deren wirtschaftliche Bedeutung herausstellen.• Brandenburg als innovativen Standort nachhaltiger Industrie und der Umweltwirtschaft herausstellen.• Öffentlichkeitswirksames Forum von Politik und Wirtschaft als Werbekampagne für die Industrie sowie als Austauschplattform etablieren.
Bisherige Aktivitäten	<p>Die Imagekampagnen „<i>Wirtschaft zum anfassen</i>“ und „<i>MarkeBrandenburg</i>“ zielen bereits darauf ab, u.a. durch Besuche des Wirtschaftsministers Industrieunternehmen in den Fokus der Öffentlichkeit zu stellen. Ergänzend hierzu finden Betriebsbesichtigungen statt, bei denen am „<i>Tag des offenen Unternehmens</i>“ Betriebe ihre Türen für Bürger öffnen. Unter dem Titel „<i>Wirtschaft zum anfassen</i>“ sowie „<i>Weltklasse aus Brandenburg</i>“ bringen zudem Tageszeitungen ihren Lesern die Tätigkeitsbereiche von brandenburgischen Unternehmen näher. Darüber hinaus bestehen bereits allgemeine und branchenspezifische Imagekampagnen, wie z.B. „<i>Testimonials zu Brandenburg</i>“ und die des Netzwerks „aBB - automotive Berlin-Brandenburg“. Auf Ebene der BKF finden, entsprechend der Festlegung in den Branchenstrategien, ein Mal pro Jahr Branchenkonferenzen bzw. Branchentage statt - allerdings ohne dass das bestehende Format bereits einen branchenübergreifenden Ansatz verfolgen würde.</p> <p>Über das Projekt „Erhöhung der Wirksamkeit von EFRE-Interventionen in den RWK“ wurden in den Jahren 2008-2010 auch Maßnahmen zum Standortmarketing der Regionalen Wachstumskerne finanziert. Die Maßnahmen wurden vom MWE gemeinsam mit den RWK konzipiert. Darüber hinaus wurde in diesem Rahmen die Veranstaltungsreihe „Wachstumskerne – Starke Standorte für Brandenburg“ durchgeführt. Ziel war es, den RWK-Prozess bekannter zu machen, die RWK noch weiter in das öffentliche Bewusstsein zu bringen und den Dialog vor Ort zu fördern.</p>

Die im Jahr 2010 eingeführten Regionalbudgets im Rahmen der GRW sind in Brandenburg ein besonderes Angebot für die RWK. Die Wachstumskerne müssen sich zur Sicherung der regionalen Ausstrahlung ihrer Regionalbudget-Projekte mit den sie umgebenden Landkreisen abstimmen. Mit dem Regionalbudget können auch Maßnahmen des Regionalmarketings unterstützt werden.

Ferner hat die Landesregierung seit 1999 die „Umweltpartnerschaft“ als Kooperationsprojekt zwischen Regierung und den Wirtschaftsverbänden sowie als Netzwerk umweltengagierter Unternehmen ins Leben gerufen und kontinuierlich gepflegt.

Leitprojekt: „Imagekampagne ProIndustrie“

Herausforderung:

Industrielle Fertigung und Wertschöpfung sind ein Grundpfeiler für Einkommen und Wohlstand in vielen Regionen des Landes Brandenburg. Gleichzeitig besteht in der Bevölkerung weithin Unkenntnis über industrielle Produktionsstätten und Unternehmen im Land, verbunden mit einer mangelnden Akzeptanz für diese industriellen Produktionsstätten. Aufbauend auf den positiven Erfahrungen mit der grundlegenden **Imagekampagne „Marke Brandenburg“** ist es weiterhin eine Herausforderung, die Akzeptanz der Industrie im Land durch eine speziell auf die Industrie fokussierte Kampagne zu verbessern, die die regionale Vielfalt sowie die Vorzüge und die regionalwirtschaftlichen Effekte industrieller Fertigung „Made in Brandenburg“ unterstreicht und dokumentiert.

Zielstellung:

In dem konkrete Industrieprodukte aus Brandenburg, deren Design oder Innovationskraft benannt und beworben werden, gilt es die Verankerung von Industrie im alltäglichen Leben darzustellen und hiermit die Akzeptanz in der Bevölkerung zu erreichen. Dabei sollten auch die Aspekte Standortvorteile, Infrastrukturausstattung, Ressourcenverfügbarkeit, Medienkompetenz sowie Flächenverfügbarkeit und Fachkräftesituation für industrielle Fertigung in Brandenburg im Vordergrund stehen. Die **überregionale Wahrnehmbarkeit** wird hierbei durch eine gemeinsame Nennung Brandenburgs mit Berlin erreicht: „Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg“. Die Kampagnen „Weltklasse aus Brandenburg“ bzw. „Innovationen aus Brandenburg“ können hier Ideengeber sein.

Als **Zielgruppen** sind dabei die Politik, die Interessensvertretungen der Wirtschaft wie Kammern und Verbände sowie die interessierte Öffentlichkeit anzusehen.

Beschreibung der Maßnahme:

Die Imagekampagne „Marke Brandenburg“ zielte bereits darauf ab, unter anderem durch Besuche des Ministers für Wirtschaft und Europaangelegenheiten, Industrieunternehmen in den Fokus der Öffentlichkeit zu stellen. Ergänzend hierzu können weitere Maßnahmen im Maßnahmenpeicher dazu beitragen, dass die Bedeutung der Industrie stärker ins Bewusstsein rückt (u.a. Tag des offenen Unternehmens, Werbung für Industrieberufe, Industrieforum, etc.). Dabei gilt es auch die Zusammenarbeit mit Berlin im Rahmen der innoBB, die auch gemeinsame Marken und gemeinsames Marketing umfasst, entsprechend zu berücksichtigen.

Imagefilme und Clusterprofile zum Industrieland Brandenburg sollen eindrucksvoll einen Überblick über regionale und sektorale Stärken und zu den Zukunftsfeldern der Brandenburgischen Wirtschaft, innovative Produkte und interessante Arbeitsfelder vermitteln. Diese Informationsmaterialien können medienwirksam im Rahmen der Imagekampagne, bei Messen und Ausstellungen sowie bei Industriekonferenzen zum Einsatz kommen.

Verantwortlichkeiten:

Ministerium für Wirtschaft und Europaangelegenheiten, ZAB

E: „Maßnahmenspeicher im Handlungsfeld Standortkommunikation (Image & Marketing)“

Maßnahmenbereiche E:

E1. Clusterkonferenzen, Clusterdialoge

E2. Marketing für die Brandenburger Industrie

E3. Industriegipfel als Dialogforum

Maßnahmenbereich E1: Clusterkonferenzen, Clusterdialoge

Die Facetten des Industrielandes Brandenburg werden verstärkt im Rahmen von PR und Marketing für die Cluster Brandenburgs vorgestellt. **Clusterkonferenzen** sowie die im Rahmen der Innovationsstrategie durchgeführten Clusterdialoge geben vertiefte Einblicke in Branchenstrukturen, Profile, Stärken und Herausforderungen und vermitteln diese öffentlichkeitswirksam.

Maßnahmenbereich E2: Marketing für die Brandenburger Industrie

Tag des offenen Unternehmens – Fokussierung der bestehenden Veranstaltung auf das Verarbeitende Gewerbe. Betriebsbesichtigungen im Rahmen der Kampagne „Tag des offenen Unternehmens“ tragen bereits heute dazu bei, den Beitrag der Wirtschaft zu Wertschöpfung und Wohlstand darzustellen. Im Rahmen des bestehenden Veranstaltungsformates gilt es, den Fokus stärker auf industrielle Produktionsstätten zu richten und diese über den Bezug zu Technik und Technologie zu profilieren, um so letztlich eine stärkere Akzeptanz der Industrie und ihrer Funktion für Beschäftigung, Einkommen und Wohlstand in der Gesellschaft zu erreichen. In der Hauptverantwortung der Industrie- und Handelskammern des Landes sind Optionen und Möglichkeiten für inhaltliche Neujustierungen zu besprechen.

Im Zuge der Industriekampagne sowie der öffentlichkeitswirksamen Maßnahmen sind ferner **Pressefahrten** zu zentralen Industriestandorten und gemeinsam mit wichtigen Industrieunternehmen geplant. Hier gilt es, gezielt Kooperationen mit Unternehmen und Medien im Hinblick auf **Sonderveröffentlichungen** und Imagepflege einzugehen.

Werbung für Industriebetriebe: Die Kampagne „spannende Zukunftsjobs“. Mit einer Sonderkampagne für Kinder und Jugendliche muss das Ansehen des Industriearbeiters aufpoliert werden. Durch die Imageverbesserung gilt es künftige Fachkräfte frühzeitig zu sensibilisieren und somit zu sichern.

Maßnahmenbereich E3: Industriegipfel als Dialogforum

Die Landesregierung moderiert einen jährlich stattfindenden Austausch zwischen hochrangigen Vertretungen aus Industrie, Politik und Verwaltung im Rahmen des „**Industriegipfels Brandenburg**“. Ergänzend zu den erfolgreich abgehaltenen Branchenkonferenzen stellt der Industriegipfel eine **Dachveranstaltung** dar, die über alle industriellen Branchen hinweg **Signalwirkung für die Bedeutung der Industrie** hat. Durch die Veranstaltung des Industriegipfels in Brandenburg findet eine Annäherung an das bereits in Berlin etablierte Format statt, bei dem unter dem Namen „Industrieforum“ eine öffentlichkeitswirksame Darstellung der Industrie erfolgt. Ziel des Industriegipfels in Brandenburg muss es ein, dass sich die Beteiligten aus Industrie und Politik austauschen und auf dem Industriegipfel ihrem jeweiligen Gegenüber besser die eigenen Handlungsbedarfe und Unterstützungsbedürfnisse vermitteln können. Das Format sollte dabei dialogorientiert sein und die wichtigsten Personen für industriepolitische Fragestellungen aus Unternehmen, Verbänden, Gewerkschaften, Verwaltung, Wissenschaft und Politik einbinden. Dabei erfolgt eine enge Abstimmung und Kooperation mit bereits bestehenden Veranstaltungsformaten, wie etwa dem Innovationsgipfel Berlin-Brandenburg.

Neueste Clusterentwicklungen und Zukunftsfragen sowie Technologien öffentlichkeitswirksam präsentieren und diskutieren. Es gilt den Industriegipfel zu nutzen, um zukunftssträchtige, technologieintensive, publikumswirksame Branchen der Öffentlichkeit zu präsentieren: z.B. aus dem Automotive-Bereich, der Luftfahrt- oder Energietechnologie und Medizintechnikbranche oder dem Maschinenbau. Durch diese positive Außenwirkung muss inhaltliches Begeisterungspotenzial geweckt werden, das sowohl bei der Bevölkerung als auch bei Vertretungen aus Politik, Verwaltung und Gesellschaft Akzeptanz erreicht und die Unterstützung der Industrie bewirkt.

Anhang:

Entwicklungsstand und Wettbewerbsfähigkeit der Brandenburgischen Industrie (ausgewählte Ergebnisse der SWOT-Analyse)

Die industrielle Produktion ist für Brandenburg von entscheidender Bedeutung. Mit einem Wertschöpfungsanteil von 14,8% (2010) und einem Wachstum von 8,5% (2010) leistet sie einen maßgeblichen Beitrag zur brandenburgischen Wirtschaftskraft.

Eckdaten der Industrie¹⁾ in Brandenburg (2010):

• Anzahl der Industrieunternehmen ²⁾	1.099
• Beschäftigte ²⁾	91.479
• Umsatz ²⁾	22,5 Mrd. €
• Exportquote ²⁾⁵⁾	25,5 %
• Bruttowertschöpfung des Produzierenden Gewerbes (nominal) ³⁾	10,4 Mrd. €
-Wertschöpfungsanteil des Produzierenden Gewerbes ³⁾⁴⁾	20,7 %
-Wertschöpfungsanteil des Verarbeitenden Gewerbes ³⁾⁴⁾	14,8%
-Wachstum (p.a. 2000-2007, 2008/09, 2010, preisbereinigt)	+5,1 %, -4,3%, +8,5% jährlich
• Arbeitsproduktivität ⁶⁾ im Vergleich zu Deutschland insgesamt	88,1%
• Arbeitskosten je geleistete Std. 2008 im Vergleich zu Deutschland insgesamt	69%

1) Statistisch werden hierbei grundlegend die Betriebe des Verarbeitenden Gewerbes verstanden, soweit nicht andere Abgrenzungen erforderlich waren.

2) für Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes (einschl. Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden) mit mehr als 20 Beschäftigten

3) Das Produzierendes Gewerbe (ohne Baugewerbe) umfasst die Bereiche Bergbau, Verarbeitendes Gewerbe und Energie- und Wasserversorgung

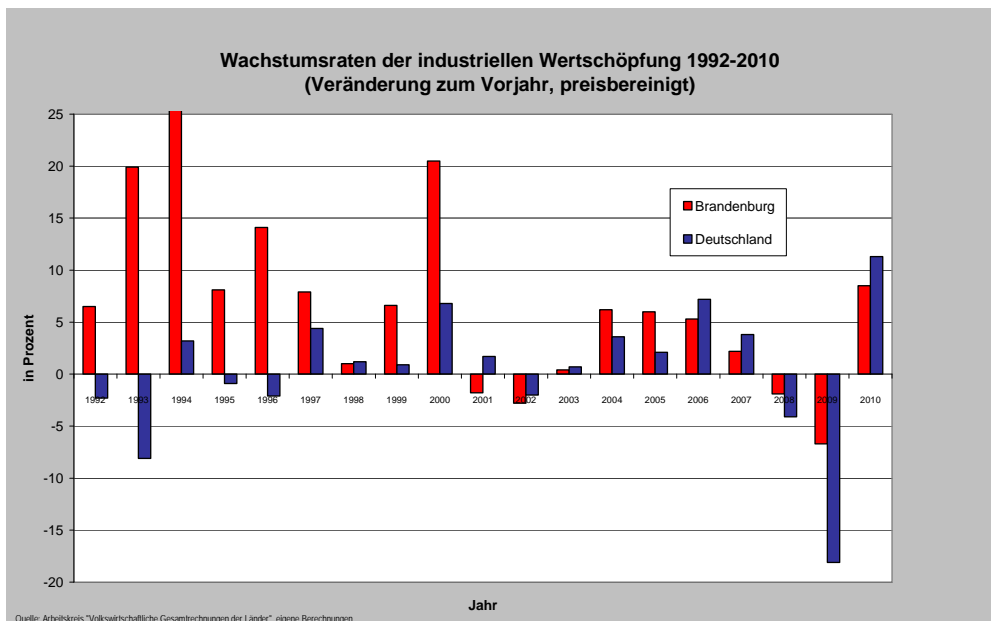
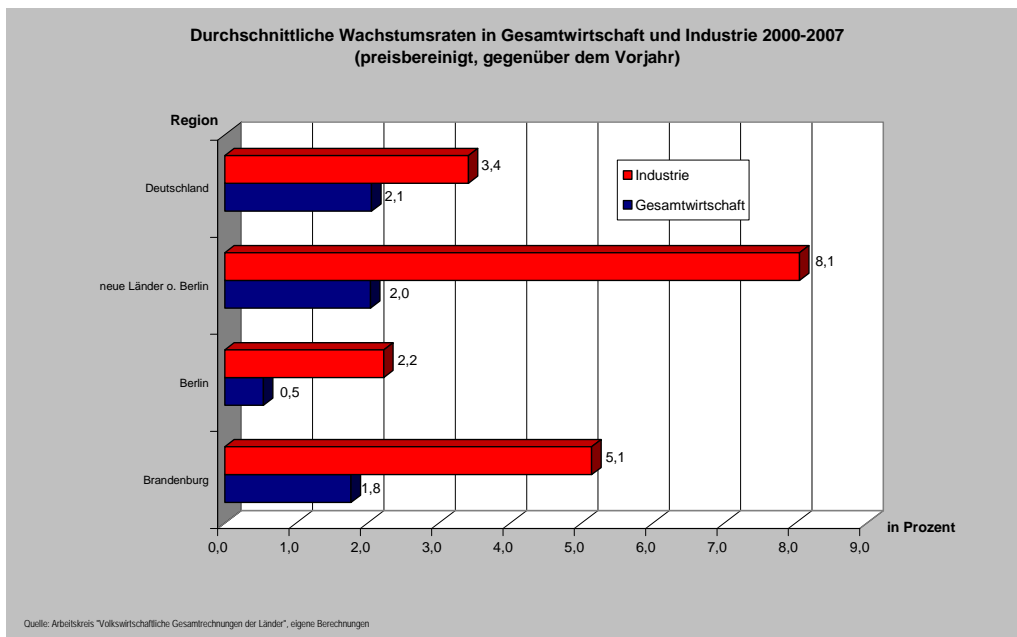
4) Anteil der sektoralen Bruttowertschöpfung an der sektorübergreifenden BWS (in jeweiligen Preisen)

5) Auslandsumsatz in Bezug auf Gesamtumsatz im Verarbeitenden Gewerbe

6) Ergebnisse der Arbeitskostenerhebung 2008

Gemessen an seinem Beitrag zur wirtschaftlichen Entwicklung spielt der industrielle Mittelstand eine wichtige Rolle in Brandenburg. Denn die Industrielandschaft Brandenburgs ist von einer **kleinteiligen Betriebsgrößenstruktur** geprägt. Nur rund 5% aller Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes sind Betriebe mit mehr als 250 Beschäftigten (2008). Gleichwohl sind die Großbetriebe für mehr als 40% der Industriebeschäftigung verantwortlich. Über 60% der Unternehmen sind Betriebe mit weniger als 50 Beschäftigten. Der industrielle Mittelstand ist somit das Rückgrat des Verarbeitenden Gewerbes: Er macht nicht nur den Großteil der Unternehmen aus, sondern trägt auch zu mehr als der Hälfte des Industrieumsatzes und fast 60% der Industriebeschäftigung im Land bei.

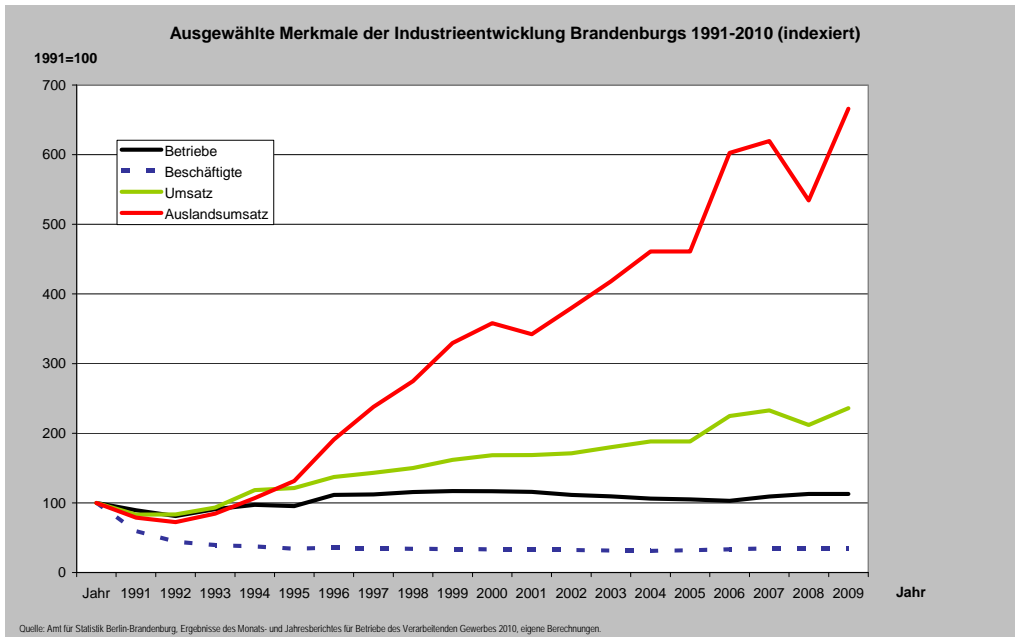
Abbildung 5 u. 6: Wachstumsraten in Industrie und Gesamtwirtschaft



Zusammengenommen zeigten sich Mittelstand und Großunternehmen aus der Industrie in den letzten Jahren als ausgesprochene **Wachstumstreiber**. Mit einem durchschnittlichen Jahreswachstum von 5,1 % (2000 bis 2007) haben Industrieunternehmen deutlich zum Wirtschaftswachstum des Landes Brandenburg beigetragen.

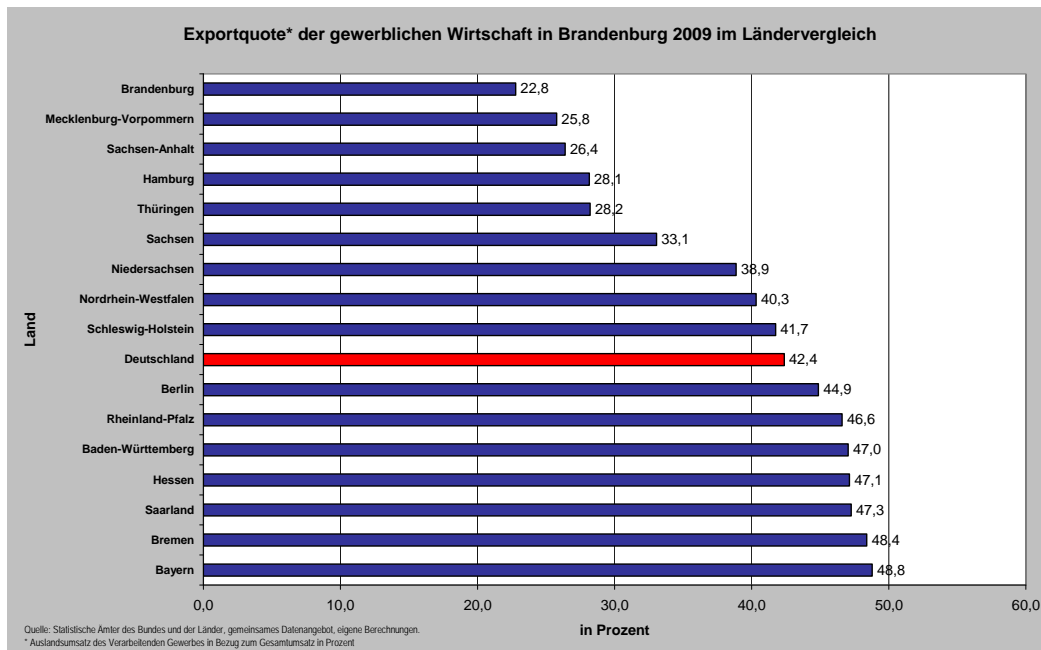
Das brandenburgische Industriewachstum war im Betrachtungszeitraum zwar weniger dynamisch als in den neuen Bundesländern insgesamt, lag jedoch deutlich über dem Niveau Gesamtdeutschlands. Insbesondere der industrielle Auslandsumsatz konnte in den letzten fünf Jahren zulegen. In den Jahren 2008 und 2009 war die Industrieentwicklung durch die Auswirkungen der internationalen Finanz- und Wirtschaftskrise negativ geprägt, die Wertschöpfung rückläufig. Für das Jahr 2010 lässt sich mit 8,5% (preisbereinigt) jedoch der höchste Zuwachs der industriellen Wertschöpfung seit dem Jahr 2000 feststellen.

Abbildung 7: Ausgewählte Merkmale der Industrientwicklung Brandenburgs im Zeitraum 1991-2010 (Index 1991=100)



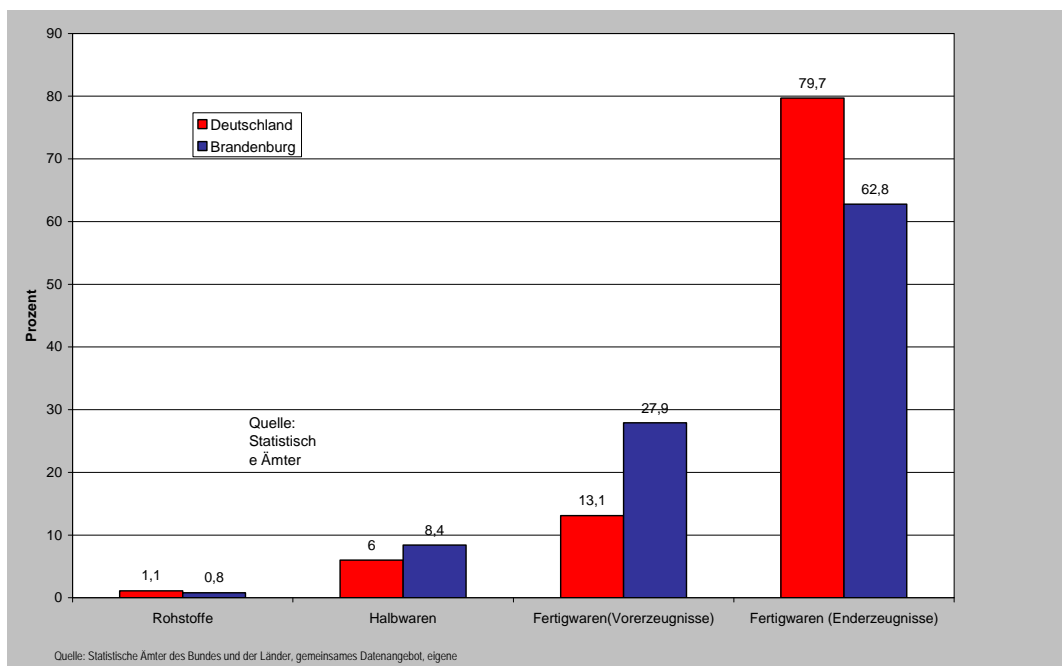
Trotz der erfreulichen Entwicklung bei Umsatz- und Exportdynamik der Industrie in Brandenburg liegt der Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz nach wie vor unter dem Bundesdurchschnitt sowie dem Durchschnitt der neuen Bundesländer. Brandenburg nimmt damit im bundesweiten Vergleich der **Exportquoten** den letzten Platz ein. Noch immer stellt das Inland über Zulieferverflechtungen den bestimmenden Markt (74,5%) für die brandenburgische Industrie dar. Dies stellte sich jedoch während der weltweiten Wirtschafts- und Finanzmarktkrise 2008/2009 gewissermaßen als komparativer Standortvorteil heraus. Eine Vielzahl von Industrieunternehmen war dadurch nicht so massiv von dem Wegbrechen der internationalen Märkte betroffen gewesen, wie dies etwa für exportstärkere Länder wie Baden-Württemberg, Bayern oder Hessen zutraf.

Abbildung 8: Exportquote der gewerblichen Wirtschaft in Brandenburg im Ländervergleich (2009 in Prozent)



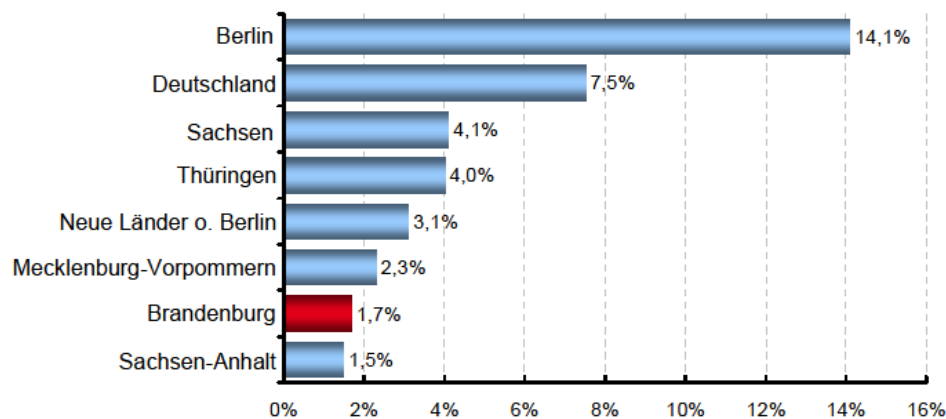
Die gewerbliche Wirtschaft in Brandenburg exportiert besonders viele **Vorerzeugnisse und Halbwaren**. Der deutsche Export insgesamt besteht dagegen zu 80% aus Enderzeugnissen. Das belegt, dass Brandenburgs Industrie derzeit stark im Export von Zulieferwaren engagiert ist. Im Vergleich mit Exportgütern im Bereich der Enderzeugnisse erzielen diese Waren eine niedrigere Wertschöpfung in Brandenburg und niedrigere Margen, da es sich um am Anfang der Wertschöpfungskette positionierte Produkte handelt.

Abbildung 9: Exportstruktur der gewerblichen Wirtschaft in Brandenburg und in Deutschland (2010 in Prozent)



Das Verarbeitende Gewerbe Brandenburgs weist nach wie vor ein vergleichsweise geringes Innovationsniveau auf. Gemessen an den **Aufwendungen für Forschung und Entwicklung (FuE)** nimmt das Land einen hinteren Platz unter den ostdeutschen Ländern ein. Die Intensität unternehmerischer FuE-Bemühungen steht allerdings in engem Zusammenhang mit der Größe eines Unternehmens. Denn gerade kleine und mittelständische Betriebe verfügen nicht immer über die Ressourcen, um selbst FuE zu betreiben. Dies trifft auch auf Industrieunternehmen in Brandenburg zu: Diese sind sehr stark klein und mittelständisch geprägt.

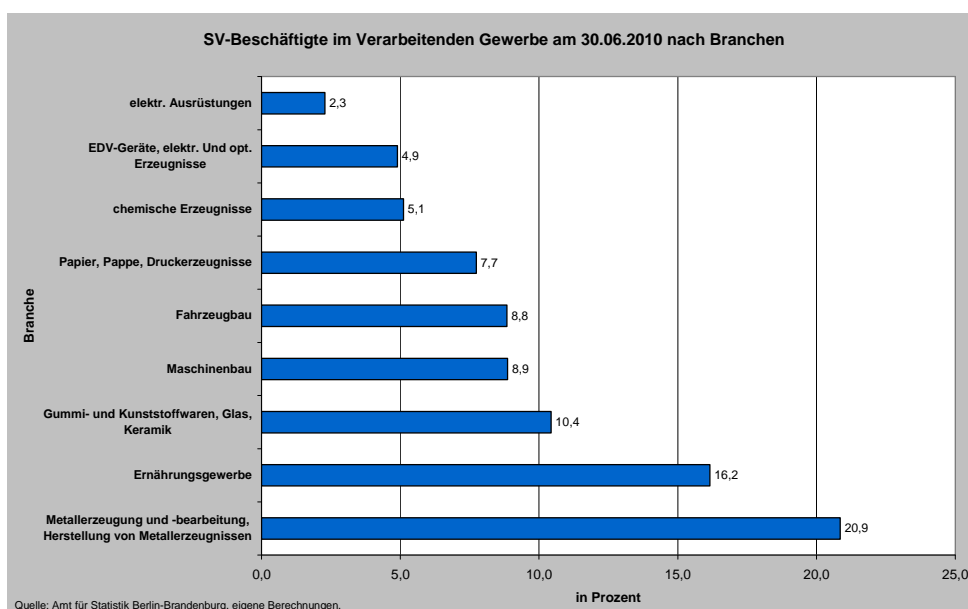
Abbildung 10: Anteil der internen FuE-Aufwendungen an der Bruttowertschöpfung im Verarbeitenden Gewerbe (in Prozent)



Quelle: Prognos AG 2009. Nach Angaben des Stifterverbandes für die deutsche Wirtschaft und der VGR der Länder.

Die Industrie Brandenburgs ist neben ihrer kleinteiligen Betriebsgrößenstruktur auch durch Beschäftigungsschwerpunkte in einzelnen Branchen geprägt. Dies sind die Branchen Ernährungsgewerbe, Metall (Erzeugung und Bearbeitung), Maschinen- und Fahrzeugbau sowie Chemie und Kunststoffe.

Abbildung 11: SV-Beschäftigte im Verarbeitenden Gewerbe nach Branchen (2010 in Prozent)

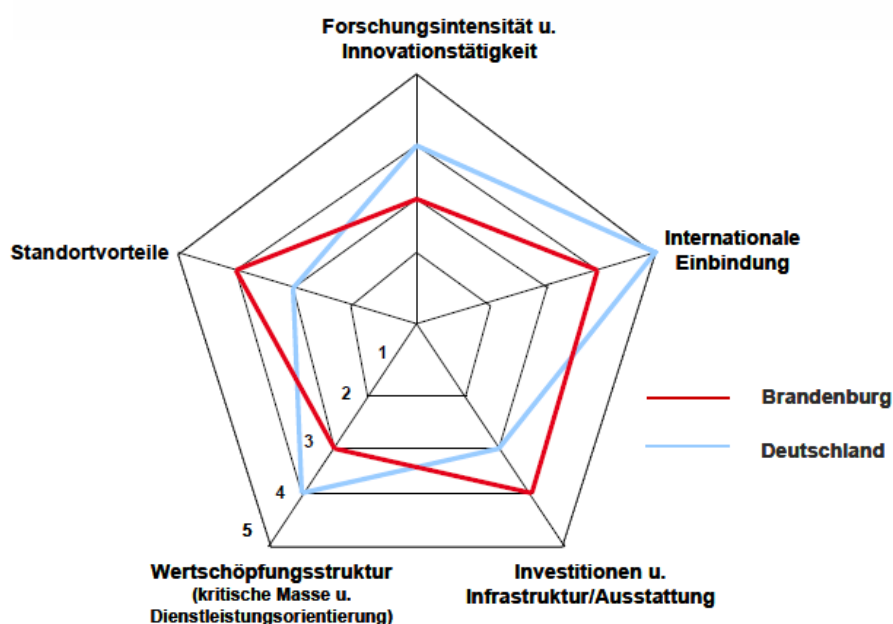


Quelle: Amt für Statistik Berlin-Brandenburg, eigene Berechnungen.

Im Hinblick auf die **industrielle Wettbewerbsfähigkeit** im Land Brandenburg lassen sich folgende zentralen Ergebnisse festhalten:

- Zu den Stärken der Industrie zählt ein moderner Anlagenpark, eine gute Kapitalausstattung der Betriebe und wettbewerbsfähige Arbeitskosten, Gewerbesteuererträge und Baulandpreise. Auf dieser Basis ist eine hohe Gründungsintensität zu beobachten, aber auch ein Wachstumsprozess, in dem Kleinunternehmen zunehmend in mittelständische Betriebsgrößen hineinwachsen.
- Eine weitere Stärke liegt in der Vielzahl von Forschungs-, Hochschul- und Wissenschaftseinrichtungen in der Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg, was die Entwicklung von Innovationen begünstigt. Die Standortbedingungen erlauben Unternehmen in Brandenburg, innovative Produkte zu entwickeln, Innovationen industriell umzusetzen und wettbewerbsfähig zu produzieren.
- Einigen Branchen ist es in den letzten Jahren zunehmend gelungen, sich auf den Auslandsmärkten zu etablieren. Trotz steigender Exportquote liegt die Exportleistung der brandenburgischen Industrie aber immer noch unter den Vergleichswerten anderer Bundesländer.
- Die vor allem klein- und mittelständische Größenstruktur der Industrie wirkt sich vor allem in Form einer sehr geringen **Innovationstätigkeit** und zu niedriger Absorptionsfähigkeit für neue Technologien aus. Daher besteht die Gefahr, dass Industrieunternehmen ihre Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit verlieren, wenn sie nicht verstärkte FuE-Bemühungen unternehmen. Denn erst eine **innovative Industrielandschaft**, die mit Wissenschaftseinrichtungen verbunden ist, bietet die Chance, die derzeit häufig noch regionale Marktorientierung zu überwinden und dadurch bestehende Marktpotenziale im Ausland zu erschließen.
- Ferner besteht die Gefahr, dass sich die **Wettbewerbsfähigkeit** der brandenburgischen Industrie reduziert, falls sich im Land keine technologieorientierten Gründungen und wissensintensiven Dienstleistungen etablieren. Um hier Impulse zu setzen, besteht die Chance, auf vorhandenen Clusterstrukturen aufzubauen, die Innovationen und Wettbewerbsfähigkeit befördern können sowie darüber hinaus die überregionale Wahrnehmbarkeit Brandenburgs verbessern.

Abbildung 12: Dimensionen der Brandenburgischen Wettbewerbsfähigkeit



Quelle: Prognos AG

Nachfolgende Matrix enthält nochmals übersichtlich die die wesentlichen industriellen Stärken, Schwächen, Chancen und Risiken für das Land Brandenburg (s. Abbildung 9).

Abbildung 13: SWOT-Übersicht

Stärken – Wettbewerbsfähigkeit	Schwächen – Wettbewerbsfähigkeit
<ol style="list-style-type: none"> 1) Hoher Modernitätsgrad des Anlagevermögens (Durchschnittsbetrachtung) 2) Zunehmend erfolgreiche Exportorientierung einer Vielzahl von Branchen, darunter Fahrzeugbau und Luftfahrtindustrie 3) Mittlerweile gute Kapitalausstattung; Rückstand aufgeholt 4) Im bundesweiten Vergleich niedrige Arbeitskosten 5) Bundesweit Rang 3 bei der Gründungsintensität des Verarbeitenden Gewerbes 6) Ausgeprägte wirtschaftsnahe Forschungslandschaft und hohes akademisches Arbeitskräftepotenzial 7) Niedrige Gewerbesteuer und Baulandpreise 8) Aus Sicht der Unternehmen effiziente bürokratische Abläufe 	<ol style="list-style-type: none"> 1) Industriesektor mit im Bundes- und Ländervergleich unterdurchschnittlicher Bedeutung für Beschäftigung und Wertschöpfung 2) Wenige globale- und Großunternehmen 3) Vergleichsweise geringe Exportquote und Außenhandelsverflechtung der Industrie 4) Noch zu geringe Anziehungskraft der brandenburgischen Industrie auf ausländische Investoren. Geringe FDI-Quote 5) Vergleichsweise geringe FuE-Intensität der „kleinteilig“ strukturierten Industrie 6) Im Bundesvergleich niedrige Arbeitsproduktivität. Hoher Kapitaleinsatz pro Wertschöpfung 7) Wenig Gründungen bei technologieintensiven und unternehmensnahen Dienstleistungen
Chancen – Wettbewerbsfähigkeit	Risiken – Wettbewerbsfähigkeit
<ol style="list-style-type: none"> 1) Wachstumsorientierte kreative KMU-Landschaft besitzt Zukunftspotenzial zur Steigerung der Innovationsfähigkeit in der brandenburgischen Industrie 2) Clusterstrukturen und ausgeprägte Branchenschwerpunkte mit überregionaler Wahrnehmung. Chancen sich selbst tragender Aufwärtsentwicklung 3) Ausgeprägte Forschungs- und Hochschullandschaft kann vermehrt als starker Innovationstreiber der Branche genutzt werden; ebenso die Nähe zu Berlin 4) Mit einer Vielzahl international wettbewerbsfähiger Branchen besteht Aussicht auf Umsatzsteigerung auf attraktiven Auslandsmärkten und stärkere internationale Einbindung 5) Bessere Nutzung der guten Kapitalausstattung und ausgeprägten Infrastruktur ermöglicht Wachstumssprung 6) Steigerung der internationalen Profilierung und Tertiärisierung, insbes. durch das Angebot wissensbasierter Dienstleistungen 	<ol style="list-style-type: none"> 1) Unzureichende Nutzung des aufgebauten Kapitalstocks der Unternehmen 2) Gelingt es nicht, bei den Gründungen der technologie- und wissensintensiven Dienstleister aufzuschließen, droht Entwicklungsrückstand auch im Industriebereich 3) Verlust an Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit durch niedrige FuE-Intensität 4) Der Export vornehmlich von Vorleistungsgütern („verlängerte Werkbank“) birgt erhöhte Gefahr von Auslandsverlagerung und Konzentration auf wenig wertschöpfende Tätigkeiten 5) Gelingt es nicht, die Fachkräftebedarfe, insbesondere im Ingenieurbereich, zu decken, drohen empfindliche Wachstumshemmnisse 6) Gelingt es nicht, Regionen mit ausgeprägten Branchenkompetenzfeldern und Netzwerkstrukturen aktiv weiterzuentwickeln, vermindert sich die Wirtschaftskraft ggü. diesbezüglich erfolgreicherer Regionen

Quelle: Prognos AG